

EU Grids Package und Environmental Omnibus

Aktualisierte Bewertung und Forderungen des BWE

Februar
2026



Inhalt

1	Einleitung	3
2	Das Wichtigste in Kürze	4
2.1	Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED)	4
2.2	Änderung der Directive (EU) 2019/944 und Proposal for a Regulation (TEN-E).....	6
2.3	Vorschlag für eine Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen – EU Umwelt Omnibus	7
3	EU Grids Package: Proposal for a revised Directive	8
3.1	Änderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED)	8
3.2	Änderungen der Richtlinie (EU) 2019/944 (Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie).....	28
4	EU Grids Package: Proposal for a Regulation (TEN-E) (COM(2025) 1006 final)	46
5	EU Grids Package: Commission Notice – Guidance on efficient and timely grid connections.....	49
6	EU Environmental Omnibus: Proposal for a Regulation on speeding-up environmental assessments.....	51

1 Einleitung

Mit dem [European Grids Package](#) legte die Europäische Kommission am 10. Dezember 2025 einen wesentlichen Baustein vor, um die Netzinfrastruktur an die Erfordernisse eines erneuerbaren, dezentralen und zunehmend elektrifizierten Energiesystems anzupassen. Das Paket setzt an den richtigen Stellen an, um die Systemintegration von Erneuerbarer Energien (EE) zu stärken und Investitionssicherheit für Projektierer, Betreiber und Netzbetreiber zu schaffen.

Der BWE begrüßt ausdrücklich die vorgesehene vollständige Digitalisierung von Genehmigungsverfahren und die Einrichtung eines „single digital portal“. Eine zentrale digitale Anlaufstelle kann maßgeblich zur Transparenz, Verfahrensbeschleunigung und besseren Koordination zwischen den beteiligten Akteuren beitragen. Die Verknüpfung mit einer digitalen Umweltdatenbank kann Genehmigungsbehörden effektiv entlasten und Doppelprüfungen vermeiden. Die Regelungen für das Repowering in Art. 16b und 16c der RED III, insbesondere die Beschränkung auf eine Deltaprüfung der Umweltauswirkungen, tragen der geringeren zusätzlichen Umweltbetroffenheit von Repowering-Vorhaben Rechnung und stärken deren Rolle hinsichtlich der Erzeugungsmenge, Netzstabilität und Flächeneffizienz. Ebenfalls zu begrüßen ist die Streichung der Möglichkeit für Mitgliedstaaten, beschleunigte Verfahren auf bestimmte Technologien oder Teilgebiete zu beschränken. Auch die Regelungen zum Netzanschluss, insbesondere die dreimonatige Frist für Genehmigungsverfahren beim Netzanschluss von Repowering-Vorhaben sowie die Begrenzung der Rechtfertigungsgründe bei Fristüberschreitungen, stellen einen wichtigen Schritt zur Beschleunigung dar.

Gleichzeitig sieht der BWE an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf: So greift beispielsweise die verpflichtende Einführung eines *independent facilitator* als zwingendes Element der Bürgerbeteiligung bei Projekten über 10 MW stark in nationale Gestaltungsspielräume ein. Bürgerbeteiligung ist zwar ein zentraler Erfolgsfaktor der Energiewende, sollte jedoch flexibel ausgestaltet und an bestehende Strukturen angepasst werden können, um zusätzliche Komplexität und Verzögerungen zu vermeiden.

Mit dem [EU Umwelt Omnibus \(Environmental Omnibus\)](#) hat die Europäische Kommission am 10. Dezember 2025 ein Vereinfachungspaket vorgelegt, u. a. um Umweltprüfungen weniger komplex zu gestalten. Dazu gehört ein Vorschlag für eine *Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen*.

Der BWE begrüßt den Vorschlag der EU-Kommission ausdrücklich, insbesondere die Vermeidung von Doppelprüfungen (Art. 4), den „Paradigmenwechsel“ vom Individuen- zum Populationsschutz in Art. 8, die Digitalisierung des Genehmigungsprozesses sowie die Schaffung einer Umweltdatenbank (Art. 10).

Gleichzeitig sieht der BWE auch hier an einigen Stellen noch Nachbesserungsbedarf. Es bedarf der Klarstellung, dass Umweltprüfungen nur auf vertikaler Ebene zusammengezogen werden. Andernfalls würden Planungs- und Zulassungsebene vermischt und es würden Anforderungen an die Umweltprüfung auf Planungsebene gestellt, die zu erheblichen Verzögerungen in der Planaufstellung führen. Aus dem Vorschlag geht zudem nicht hervor, wie die UVP bzw. SUP und die Prüfungen nach der FFH-, Vogelschutz- und Wasserrahmen-Richtlinie kombiniert werden sollen. Zudem sollte der Zeitpunkt der Geltendmachung von Einwänden im Verwaltungsverfahren näher definiert werden, z. B. durch Ablauf einer Einwendungsfrist. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Einwände erst kurz vor Erteilung der Genehmigung geltend gemacht werden. Darüber hinaus sollten einzelne Begriffe und Kriterien noch weiter im Normtext oder in den Erwägungsgründen konkretisiert werden.

2 Das Wichtigste in Kürze

2.1 Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED)

Wir begrüßen:

- die Klarstellung in Art. 15c (6), damit keine Gebiete ausgewiesen werden, in denen sich de facto keine EE-Vorhaben realisieren lassen.
- die vollständige Digitalisierung des Genehmigungsprozesses in einem *single digital portal*. Der BWE fordert bereits die Einrichtung einer bundesweiten digitalen Umweltdatenbank (siehe Vorschlag zu Art. 10 (3) Regulation on speeding-up environmental assessments (COM(2025) 984)), welche dann mit dem Portal verknüpft werden kann.
- die Löschung von Art. 16b (2) Satz 3 unter der Bedingung, dass zugleich die Regelung des Art. 8 der Verordnung ... (COM(2025) 894 final) eingeführt wird.
- die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren außerhalb von Beschleunigungsgebieten (Art. 16b (3) Richtlinie (EU) 2018/2001), insbesondere die Genehmigungsfiktion bei Nichteinhaltung der Zweijahres- bzw. Zwölfmonatsfrist bei Repowering-Projekten.
- die Änderungen in Art. 16c (2) zum Repowering und insbesondere die Deltaprüfung der Umweltauswirkungen in Art. 16c (4). Wir begrüßen die Klarstellung, dass funktional und technisch zwingend mit dem Repowering verbundene Flächenanpassungen vom Anwendungsbereich der Ausnahme umfasst sind und nicht zur Auslösung zusätzlicher Prüfpflichten führen.
- die Streichung der Beschränkungsmöglichkeit der Mitgliedstaaten auf bestimmte Technologien und Teile ihres Gebiets (Löschung von Art. 16f) sowie die Ergänzung des überragenden öffentlichen Interesses um die Priorisierung in Abwägungsentscheidungen und die Durchsetzung gegenüber anderen Belangen. Dies führt zu einer weitergehenden Klarstellung für die Entscheidungspraxis der Behörden. Zudem kann dies einen positiven Einfluss auf verbundene Anlagen wie Speicher und Ladeinfrastruktur sowie auf Netze haben, die untrennbar mit der Windenergieerzeugung verbunden sind.
- die Klarstellung der zumutbaren Alternativstandorte und Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen in Art. 16g.
- die klaren Fristen für die Genehmigung von Stand-Alone-Speichern.
- die Deltaprüfung bei der Umweltverträglichkeit von Hybridprojekten.
- die Bestimmung der maximalen Verfahrensdauer für Netzanschlüsse bei Repowering auf drei Monate sowie grundsätzlich auch die Regelungen zur Annahme eines Netzanschlussbegehrens und zur Netzanschlussvereinbarung.
- die Verpflichtung zur Annahme der Netzanschlussanfrage mit den begrenzten Ausnahmen und die Einschränkungen beim Abschluss einer Netzanschlussvereinbarung.

Wir kritisieren:

- die Einrichtung des *independent facilitator* als zwingende Verpflichtung für die Bürgerbeteiligung bei Projekten mit einer installierten Leistung von über 10 MW. In Deutschland bestehen bereits etablierte Beteiligungsformen und -vorgaben. Diese Regelung birgt die Gefahr einer unnötigen Überregulierung, die zu unnötigem bürokratischen und finanziellem Aufwand führen und letztlich Projekte verzögern könnte.
- In Art. 16f die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, die Vermutung des überragend öffentlichen Interesses aus Denkmalschutzgründen auszuschließen. Dies würde den Abwägungsvorrang der Erneuerbaren Energien unterlaufen und Windenergievorhaben erneut erheblich blockieren.
- dass der Netzanschlussbetreiber die Möglichkeit hat, ein Netzanschlussbegehren abzulehnen (Art. 17 (3)). Dies sollte auf den Fall der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit beschränkt bleiben.
- dass die Genehmigungsfiktion des Art. 17 (4) nicht für den Netzanschlussantrag bei Repowering-Vorhaben von Wind i. S. v. Art. 16c gilt.

Wir regen an:

- in Art. 15c (6) explizit klarzustellen, dass über die Umweltgründe hinaus auf andere Gründe wie z. B. Luftverkehr, Militär, technische Infrastruktur etc. erweitert wird. Zudem sollte klargestellt werden, dass es sich um mehr als eine „Bemühensklausel“ handeln sollte.
- die Genehmigungsfiktion in Art. 16b (3) auch auf naturschutzrechtliche Entscheidungen auszuweiten, da diese häufig außerhalb von Beschleunigungsgebieten die Verfahren verzögern.
- den *independent facilitator* nicht verpflichtend auszugestalten bzw. den Mitgliedstaaten mehr Spielraum einzuräumen, ob und wie sie die Durchführung der Bürgerbeteiligung ausgestalten.
- In Art. 16c (2b) klarzustellen, dass die Regelung sowohl tatsächliche als auch rechtliche Änderungen – einschließlich planerischer Änderungen – umfasst.
- die Kriterien in Art. 16g (1) (Zeit-Kriterium und signifikant höhere Kosten) zu konkretisieren und Empfehlungen zu ihrer Auslegung in den Erwägungsgründen aufzunehmen.
- den Mitgliedstaaten bei den Entscheidungsmöglichkeiten des Netzbetreibers bei Netzanschlussanträgen mehr Spielraum zu belassen und zudem die Nichteinhaltung der Verfahrensdauer für den Netzanschluss zu sanktionieren (Art. 17).
- ein Recht auf Netzanschluss für EE-Anlagen sowie einen Anspruch auf Netzausbau zu verankern (Normvorschlag in Art. 17 Abs. 2 UAbs. 2 RED). Hierbei soll die Logik „Das Netz folgt der Anlage“ durch die planungsrechtliche Steuerung des Gesetzgebers mittels Beschleunigungsgebieten abgebildet werden.
- die Ablehnung des Netzanschlussbegehrens auf den Fall der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit zu beschränken und einen grundsätzlichen Anspruch auf Netzanschluss zu verankern. Auch auf Unionsebene sollten – wie bereits auf nationaler Ebene – Pflichten für die Netzbetreiber ergänzt werden, sodass ein Anschluss ermöglicht werden muss, z. B. durch den Ausbau des Netzes oder den Bau eines Umspannwerks, (Art. 17 (3)).
- die Genehmigungsfiktion des Art. 17 (4) für den Netzanschlussantrag auf das Repowering von WEA i. S. v. Art. 16c zu erweitern.

2.2 Änderung der Directive (EU) 2019/944 und Proposal for a Regulation (TEN-E)

Wir begrüßen:

- die neuen Regelungen für die Genehmigung zum Ausbau und Betrieb von Verteiler- und Übertragungsnetzen; insbesondere die Stellung in das überragende öffentliche Interesse, klare Verfahrensfristen, vereinfachte Verfahren für kleine Netzausbauvorhaben und die Möglichkeit, von bestimmten Umweltprüfungen abzusehen (auch bei Neubauvorhaben. (Art. 8)
- die Vorschläge für die Netzausbaupläne (Art. 40a); insbesondere die Koordinierung durch Sektorenkopplung; die priorisierte Beachtung nicht fossiler Ressourcen und leitungsgebundener Lösungen sowie die Regelungen zu Investitionen und Zeitplänen.
- die Regelungen zur Anpassung der TEN-E-Regulation. Diese erheblichen Verfahrenserleichterungen für den transnationalen Ausbau sind essenziell.

Wir kritisieren:

- die Beschränkungsmöglichkeit der Mitgliedstaaten auf bestimmte Gebiete und Technologien in ihrem Gebiet sowie die Ausnahme für den Denkmalschutz (Art. 8 (8)).

Wir regen an:

- die Regelung zur Berücksichtigung von EE-Anlagen beim Genehmigungsverfahren des Netzausbaus (Art. 8 (2) (c)) weiter zu konkretisieren und den Mitgliedstaaten aufzuerlegen, dass sie den Netzausbau für EE-Anlagen priorisiert vorantreiben müssen (siehe Normvorschläge).
- zu ergänzen, dass vereinfachte Verfahren zum Netzausbau auch für die Ertüchtigung von Netzen und den Anschluss von EE-Anlagen gelten (Art. 8 (2) (e)).
das Kriterium des „use of additional space“ in Art. 8 (9) um eine konkrete Prozentangabe zu konkretisieren.
- bei der Aufstellung von Netzentwicklungsplänen die planungsrechtliche Steuerung durch ausgewiesene Beschleunigungsgebiete nach Art. 15c der RED (Richtlinie (EU) 2018/2001) ausdrücklich zu berücksichtigen (siehe Normvorschlag in Art. 40a).
- in Annex II die Aufnahme von mindestens Hochspannungsleitungen ($\geq 110\text{KV}$) in den Anwendungsbereich zu ergänzen, da auch Mittelspannung für den Ausbau der Windenergie wichtig ist.

2.3 Vorschlag für eine Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen – EU Umwelt Omnibus

Wir begrüßen:

- den gesamten Vorschlag der EU-Kommission, insbesondere
 - die Vermeidung von Doppelprüfungen (Art. 4);
 - den Zugriff für Planungsträger*innen auf Daten bereits durchgeführter Umweltprüfungen (Art. 4 Abs. 5);
 - die Beschränkung der UVP bei Änderungen, Erweiterungen oder Verlängerungen des Vorhabens (Art. 5);
 - den „Paradigmenwechsel“ durch die Regelung, dass Tötungen oder Störungen von geschützten Arten (nach Vogelschutz- oder FFH-RL) nicht als vorsätzlich im Sinne dieser Richtlinien gewertet werden, sofern angemessene und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen ergriffen wurden, sowie das Abstellen auf die Auswirkungen auf die Population und nicht auf das Individuum (Art. 8).
 - die Digitalisierung des Genehmigungsprozesses und die Schaffung einer Umweltdatenbank (Art. 10).

Wir kritisieren:

- die fehlenden Vorgaben, wie die UVP mit den Prüfungen nach der FFH-, Vogelschutz- und Wasserrahmen-Richtlinie zu kombinieren sind (Art. 4).

Wir regen an:

- klarzustellen, auf welcher Ebene Umweltprüfungen zusammengefasst werden dürfen und dies auf die horizontale Ebene zu beschränken. Eine Zusammenfassung von Umweltprüfungen auf vertikaler Ebene würde Planungs- und Zulassungsebene vermischen. Dadurch bestünde die Gefahr, dass in der Planungsebene Anforderungen an die Umweltprüfung gestellt werden, die erst für die Zulassungsebene erforderlich sind. Dies könnte zu erheblichen Verzögerungen in der Planaufstellung führen (Art. 4).
- zu ergänzen, wie UVP und die Prüfungen nach der FFH-, Vogelschutz- und Wasserrahmen-Richtlinie kombiniert werden sollen (Art. 4)
- das Kriterium der „*likely to have significant effects*“ im Gesetzestext oder den Erwägungsgründen weiter zu konkretisieren (Art. 5).
- den Zeitpunkt der Geltendmachung von Einwänden im Verwaltungsverfahren näher zu definieren, z. B. durch Ablauf einer Einwendungsfrist. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Einwendungen erst kurz vor Erteilung der Genehmigung geltend gemacht werden. (Art. 6).
- die Begriffe „*best available technologies*“ und „*occasional killing or disturbance*“ im Gesetzestext oder den Erwägungsgründen zu konkretisieren. Zudem sollten Bewertungsmaßstäbe ergänzt werden, anhand derer die Behörde die Minderungsmaßnahmen bewerten soll. In der Praxis fehlen häufig genau die Datengrundlagen zur Größe einer Population. Zudem sollte klargestellt werden, dass Maßnahmen zum Schutz eines Individuums nach dem rechtlichen status quo als populationsschützende Maßnahmen gelten oder welchen alternativen Maßnahmen in Frage kommen. (Art. 8)

3 EU Grids Package: Proposal for a revised Directive

3.1 Änderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED)

Rot = gelöschte Vorschriften

Blau und türkis hinterlegt = Normvorschläge des BWE

Gesetzestext	Begründung der Änderung	BWE Einschätzung / Forderung
Art. 2 Definitions (10b) ‘stand-alone energy storage’ means energy storage that is not combined with an energy-producing facility (10e) ‘hybrid plant’ means a renewable energy plant that combines multiple renewable energy technologies, or that combines one or more renewable energy technologies with energy storage (10f) ‘procedure for a grid connection permit’ means the procedure from the project developer’s complete request for a connection to the grid up to the system		
Art. 15c (6) Member States shall endeavour not to designate large areas where the installation of renewable energy plants and their related infrastructure is legally or de facto restricted due to environmental reasons, including protection of landscape, unless they can demonstrate	Artikel 15c der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten einzuführen, keine großen Gebiete auszuweisen, in	Dies stellt eine wichtige und begrüßenswerte Klarstellung gegenüber den Mitgliedstaaten dar, dass keine Gebiete ausgewiesen werden sollen, in denen sich Erneuerbare-Energien-Technologien

that those types of plants and their related infrastructure would result in irreversible damage in the area which cannot be mitigated or compensated for during the environmental assessment pursuant to Directive 2011/92/EU and, where relevant, the appropriate assessment pursuant to Article 6(3) of Directive 92/43/EEC	denen die Errichtung von Projekten im Bereich erneuerbare Energien aus Umweltgründen, einschließlich des Landschaftsschutzes.	faktisch nicht realisieren lassen. In den Beschleunigungsgebieten für Windenergie muss sichergestellt sein, dass sich die Windenergie tatsächlich durchsetzt, da es nicht nur um die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen geht, sondern um praktische Auswirkungen auf den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Die Formulierung in Art. 15c (6) unterstreicht somit die Absicht der Richtlinie, dass großflächige „Verbotsgebiete“ für Erneuerbare-Energien-Technologien grundsätzlich nicht festgelegt werden dürfen – es sei denn, es gibt unwiderlegbare Beweise dafür, dass die Umsetzung der Projekte irreparable Schäden verursachen würde. Der BWE fordert, die Klarstellung über die Umweltgründe hinaus auf andere Gründe wie z. B. Luftverkehr, Militär, technische Infrastruktur, Bodengrund, Steillagen zu erweitern. Dementsprechend müsste die Formulierung „<i>due to environmental reasons, including protection of landscape</i>“ gestrichen werden. Es sollte zudem klargestellt werden, dass es sich hierbei um mehr als eine „Bemühensklausel“ handelt. Anstelle von „<i>shall endeavour</i>“ sollte eine verbindlichere Formulierung wie „<i>must not endeavour</i>“ verwendet werden, um eine klarere Verpflichtung für die Mitgliedstaaten zu schaffen.
--	--	--

		Diese Änderung würde nicht nur Neuausweisungen betreffen, sondern auch die Bestimmung von Tabukriterien. Eine Klarstellung in diesem Zusammenhang ist wichtig, um sicherzustellen, dass nicht nur neue Gebiete, sondern auch bestehende große Gebiete, die für den Ausbau erneuerbarer Energien geeignet sind, von pauschalen Einschränkungen betroffen werden (Konkret: „...<i>designate new and existing large...</i>“). Die beschleunigende Wirkung der RED III ergibt sich gerade aus der Einführung der Beschleunigungsgebiete, die einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Ausbauziele bis 2030 leisten sollen. Der BWE weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 15c RED III verpflichtet sind, bis spätestens 21. Februar 2026 in ausreichendem Umfang Beschleunigungsgebiete für eine oder mehrere Erneuerbare-Energien-Technologien auszuweisen. Zwar liegt die konkrete Ausgestaltung und der Umfang dieser Gebiete im Ermessen der Mitgliedstaaten; Ziel muss es jedoch sein, eine erhebliche Gesamtfläche sicherzustellen, die effektiv zur Verwirklichung der unionsweiten Ziele für erneuerbare Energien beiträgt (vgl. Artikel 15c Absatz 3 RED III).
--	--	--

Art. 15d (3) und (4) (3) Member States shall adopt measures to ensure that a share of the benefits of renewable energy projects with an installed capacity above 10 MW is passed on, directly or indirectly, to local citizens and communities in proximity to those projects. (4) Member States shall designate and finance an independent facilitator to promote dialogue between the project developer and the general public for renewable energy projects with an installed capacity above 10MW. The facilitator shall only intervene upon request by any of the relevant parties and shall: (a) facilitate public consultations, as necessary, including early consultations during the phase prior to the permit application; (b) engage to find solutions to address potential concerns raised by local communities. (c) ensure support and transparency in the choice of the type of benefit sharing measure, where relevant. Member States may set up a fee, paid by project developers, to finance the services of the facilitator.	Artikel 15d der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um Maßnahmen für die Mitgliedstaaten einzuführen, mit denen sichergestellt wird, dass ein Teil der Vorteile von Projekten im Bereich erneuerbare Energien an die lokalen Bürger und Gemeinden weitergegeben wird, sowie eine Verpflichtung zur Benennung und Finanzierung eines unabhängigen Vermittlers zur Förderung des Dialogs zwischen dem Projektentwickler und der Öffentlichkeit.	Der BWE begrüßt grundsätzlich die Regelung zur Bürgerbeteiligung. Jedoch müssen verpflichtende Regelungen zur Bürgerbeteiligung verhältnismäßig sein und dürfen Projekte wirtschaftlich nicht unrentabel machen. Um dies zu garantieren sollte Abs. 3 noch um folgenden Satz ergänzt werden: <i>„Those measures shall be proportionate and designed in a way that promotes public support for projects without endangering their economic feasibility.“</i> Der BWE kritisiert die verpflichtende Einbindung eines Vermittlers für die Beteiligung der Lokalbevölkerung bei Projekten mit mehr als 10 MW. Die Ausgangslage ist in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und gerade in Deutschland sind lokale Beteiligungen bereits gängige Praxis und teilweise gesetzlich geregelt (§ 6 EEG oder Beteiligungsgesetze der Länder). Innerhalb des bestehenden Rahmens können Windenergieunternehmen bereits maßgeschneiderte, auf die Vor-Ort-Bedarfe abgestimmte Angebote umsetzen – denn die Branche möchte sich beteiligen. Der BWE warnt jedoch vor einer unnötigen Überregulierung. Wir
--	---	--

		sehen die Gefahr, dass der verpflichtende Einsatz eines Vermittlers zu unnötigem bürokratischen und finanziellem Aufwand führt, der letztlich (vor allem kleinere) Projekte noch verzögern könnte. Der BWE regt daher an, den Einsatz eines Vermittlers nicht als Verpflichtung auszugestalten und/oder den Mitgliedstaaten mehr Spielraum bei der Umsetzung einzuräumen, um auf die nationalen Gegebenheiten entsprechend einzugehen (z. B. Festlegung einer eigenen MW-Grenze oder Anhebung der Grenze auf 50 MW). Bislang wurden im Rahmen der EU-Regulierung lediglich freiwillige Optionen (z. B. Energy Sharing oder Energy Communities) oder Toolboxes mit bewährten Verfahren als <i>unverbindliche Leitlinien</i> für die Mitgliedstaaten bereitgestellt. Dies bietet sich auch hier an. In diesem Zusammenhang regt der BWE an, die im CISAF sowie den Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen festgelegte Projektobergrenze mit einer installierten Leistung bis einschließlich 18 MW für Bürgerwindprojekte zu überarbeiten. Die 18-MW-Begrenzung entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Der BWE empfiehlt daher, dass die Begrenzung auf
--	--	---

		eine feste Anzahl von sechs Anlagen in den Leitlinien zu verankern.
Art. 16 (3) Die Antragsteller dürfen die einschlägigen Unterlagen in digitaler Form einreichen.	Artikel 16 der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um die Mitgliedstaaten zu verpflichten, auf nationaler Ebene ein einziges digitales Portal für alle Schritte der Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich erneuerbare Energien, Speicherung und Netze einzurichten. Dieses Portal wird auch Zugang zu allen Daten über Artenbeobachtungen und anderen Umwelt- und Geodaten haben, die von den zuständigen Umweltbehörden gemäß Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung [Regulation on speeding-up environmental assessments (COM(2025 874), siehe unten] des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verfügung gestellt werden.	Es ist unklar, was mit der Pflicht ist, dass Mitgliedstaaten dafür sorgen, bis zum 21. November 2025 alle Genehmigungsverfahren in elektronischer Form durchzuführen, passieren soll. Diese Regelung bleibt weiterhin bestehen und wurde von Mitgliedstaaten bereits umgesetzt. Unklar ist, ob diese Pflicht in einem widersprüchlichen Verhältnis zum einzuführenden <i>single digital portal</i> steht. Im Hinblick auf den von der Bundesregierung angestrebten Bürokratieabbau würde eine Löschung der Vorschrift eine hemmende Wirkung auf den Prozess der Digitalisierung der Genehmigungsverfahren nehmen. Der BWE begrüßt die dadurch entstehende Einheitlichkeit und Klarheit im Genehmigungsprozess. Die Digitalisierung der Prozesse ist dringend erforderlich und die Abbildung und Durchführung in <u>einem</u> Portal ist daher sehr begrüßenswert. Der BWE fordert bereits auf nationaler Ebene eine bundesweite digitale Umweltdatenbank, welche sich dann in das Portal integrieren lassen würde.
Art. 16 (3a) Member States shall set up a single digital portal at national level for all the steps of the permit-granting procedures for renewable energy, storage and grid projects. Applicants shall submit permit applications and all relevant documents required for the permit-granting procedure only through the single digital portal. The single digital portal shall automatize the attribution of		

permit applications to the competent authorities, which shall process the relevant applications and documents in electronic form and interact with the applicants directly in the single digital portal. The single digital portal shall include features allowing the applicant to be informed about all steps of the permit-granting procedure, the status of the procedure and of the decisions of the relevant authorities, and to check compliance with the permit-granting deadlines set in this Directive. The single digital portal shall ensure access to the relevant environmental and geological data and decisions available in the single digital geographic information system-based portal referred to in Article 10(3) of Regulation [xxxxx] of the European Parliament and of the Council. The single digital portal shall publish annual statistical data regarding the duration of permit-granting procedures, clearly identifying the different steps of the permit-granting procedure and their duration. This data shall be publicly available. The single contact point or points referred to in paragraph 3 shall have access to all relevant data and information available in the portal, in order to perform its duties.		
--	--	--

Art. 16b Abs. 2 Satz 3 Wurden im Rahmen eines Projekts im Bereich der erneuerbaren Energie die erforderlichen Minderungsmaßnahmen getroffen, so gelten Tötungen oder Störungen der gemäß Artikel 12 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 5 der Richtlinie 2009/147/EG geschützten Arten nicht als absichtlich.	Artikel 16b der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um den Verweis auf die vorsätzliche Tötung oder Störung der Arten zu streichen, wenn notwendige Minderungsmaßnahmen getroffen wurden und um eine stillschweigende Genehmigung für das Genehmigungsverfahren außerhalb von Gebieten zur Förderung erneuerbarer Energien einzuführen.	Der BWE begrüßt die Löschung dieser Vorschrift <u>unter der Bedingung, dass die Einführung von Art. 8 der Verordnung ... (COM(2025) 984 final) erfolgt</u>. Nur so bleibt die europarechtliche Klarstellung der Absichtlichkeit erhalten bzw. wird sinnvollerweise vom Individuenschutz zum Populationsschutz umgestellt. Wird dies nicht sichergestellt, so kommt es zu einer Verschlechterung der aktuellen Rechtslage. Da sich diese Änderung der RED im EU Grids Package befindet und die Einführung von Art. 8 der Verordnung ... Teil des Umwelt-Omnibus ist, muss, selbst bei Einführung von Art. 8, sichergestellt werden, dass keine Zwischenphase existiert, in der diese Regelung wegen der Löschung von Art. 16b (2) 3 nicht mehr gilt.
Art. 16b (3) In the permit-granting procedure referred to in paragraph 1 and in paragraph 2, second subparagraph, Member States shall ensure that the lack of reply by the relevant competent authorities or entities within the established deadline results in the specific steps to be considered as approved, except for environmental decisions and grid connection permits, or where the principle of administrative tacit approval does not exist in the national legal system of the Member State		Der BWE begrüßt grundsätzlich die Genehmigungsfiktion und die Verfahrensdauerbegrenzung bei Genehmigungsverfahren außerhalb von Beschleunigungsgebieten. Allerdings werden sich die praktischen Auswirkungen für die Beschleunigung in Grenzen halten, da gerade die naturschutzrechtliche Entscheidung in Genehmigungsverfahren außerhalb von Beschleunigungsgebieten häufig der Grund für die

concerned. All decisions shall be made publicly available, including final decisions granted tacitly.		lange Verfahrensdauer ist. Da die Genehmigungsfiktion hierfür nicht greift, ist zu erwarten, dass die Wirkung in der Praxis begrenzt bleibt. Der BWE regt an, die Genehmigungsfiktion auch auf naturschutzrechtliche Entscheidungen auszuweiten. Nur so kann verhindert werden, dass die Entscheidungsfindung durch die Umweltbehörden ohne Begrenzung herausgezögert wird.
Art. 16c (1) Führt das Repowering von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie nicht zu einer Erhöhung der Kapazität einer Anlage zur Erzeugung von erneuerbarer Energie um mehr als 15 %, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Genehmigungsverfahren für Anschlüsse an das Übertragungs- oder Verteilernetz unbeschadet der Prüfung potenzieller Umweltauswirkungen gemäß Absatz 2 innerhalb von drei Monaten nach der Antragstellung bei der betreffenden Stelle genehmigt werden, sofern keine begründeten Sicherheitsbedenken bestehen und keine technische Inkompatibilität mit Netzkomponenten vorliegt. Art. 16c (2b)	Artikel 16c der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um spezifische Vorschriften aufzunehmen, die das Repowering trotz Änderungen der Landnutzung erleichtern und die Umweltanforderungen für das Repowering von Windenergieprojekten zu vereinfachen, wenn keine zusätzliche Landfläche genutzt wird.	Der BWE begrüßt die Neuregelungen zum Netzanschluss bei Repowering in Art. 17 und unterstützt damit die Löschung dieser Regelung. Der BWE bewertet die vorgesehene Regelung als teilweise unklar, da nicht hinreichend deutlich

Member States shall ensure that a change in the status of the land where a renewable energy installation is placed does not prevent that installation from being repowered. Art. 16c (4) Where the repowering of wind energy installations increases the total capacity of the installation without		wird, welche Arten von Statusänderungen der Richtliniengeber erfassen möchte. Aus Sicht des BWE sollte daher ausdrücklich klargestellt werden, dass sowohl tatsächliche als auch rechtliche Änderungen – einschließlich planerischer Änderungen – vom Anwendungsbereich der Regelung umfasst sind. Eine solche Klarstellung ist von zentraler Bedeutung. In der Praxis stellen nachträgliche Änderungen etwa in der Raumordnung, im Naturschutz- oder Immissionsschutzrecht ein erhebliches Risiko für bestehende Standorte dar und können das Repowering von Altanlagen maßgeblich beeinträchtigen oder verhindern. Die Regelung sollte die Möglichkeit der Weiternutzung bzw. Modernisierung vorhandener Windenergieanlagenstandortestärken und die dringend benötigte Investitions- und Planungssicherheit schaffen. Nur so leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Ausschöpfung des Repowering-Potenzials als kosteneffizientem Hebel zur Erreichung der Ausbauziele. Der BWE begrüßt die vorgesehene Ausnahme von Screening- und UVP-Pflichten für Repowering-
---	--	--

using additional land surface and complies with the applicable environmental mitigation measures established for the original wind energy installation, the project shall be exempt from any applicable requirements to carry out a screening process pursuant to Article 16a(4), to determine whether the project requires an environmental impact assessment pursuant to Article 4(2) of Directive 2011/92/EU or Article 5 of Regulation [xxxxx] of the European Parliament and of the Council, or to carry out an environmental impact assessment pursuant to Article 4(1) of Directive 2011/92/EU.		Vorhaben, die ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme erfolgen und den bestehenden Umweltvorgaben entsprechen. Dies ist aus Sicht des BWE ein zentraler Schritt zur Verfahrensbeschleunigung. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass Repowering regelmäßig zu einer effizienteren Flächennutzung führt und häufig mit einer Reduzierung der Anlagenzahl bei gleichzeitiger Leistungssteigerung einhergeht. Besonders positiv ist, dass sowohl das Screening als auch die UVP-Pflicht ausdrücklich ausgeschlossen werden, sofern die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Dies reduziert Rechtsunsicherheiten und verhindert doppelte Prüfungen ohne erkennbaren Umweltmehrwert. Aus Sicht des BWE ist jedoch entscheidend, dass die Mitgliedstaaten diese Ausnahme vollständig und ohne zusätzliche nationale Hürden umsetzen und nicht durch neue Prüf- oder Nachweispflichten faktisch entwerten.
Art. 16f Die Mitgliedstaaten können in hinreichend begründeten Einzelfällen die Anwendung dieses Artikels im Einklang mit den Prioritäten ihrer gemäß den Artikeln 3 und 14 der Verordnung (EU) 2018/1999 vorgelegten integrierten nationalen Energie- und	Artikel 16f der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um die Möglichkeit für Mitgliedstaaten zu streichen, die Anwendung des überragenden öffentlichen Interesses einzuschränken, und um die Anwendung der Vermutung des überragenden öffentlichen	Der BWE begrüßt die Streichung dieser Vorschrift. Die Regelung, die den Mitgliedstaaten erlaubt hat, die Anwendung des Artikels in hinreichend begründeten Einzelfällen auf bestimmte Gebiete, Technologien oder Projekttypen zu beschränken. Dies

Klimapläne auf bestimmte Teile ihres Hoheitsgebiets sowie auf bestimmte Arten von Technologie oder Projekten mit bestimmten technischen Eigenschaften beschränken. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über diese angewandten Beschränkungen, wobei auch die Gründe für diese Beschränkungen anzugeben sind. Art. 16f Until climate neutrality is achieved, Member States shall ensure that, in the permit-granting procedure, the planning, construction and operation of plants and installations for the production of energy from renewable sources, and their connection to the grid, the related grid itself, storage assets and recharging stations are presumed as being in the overriding public interest and, in such case, are given priority when balancing legal interests other than those referred to in the first paragraph. Member States may exclude the application of this presumption for the purpose of protecting culture heritage on the basis of legal criteria to ensure harmonized implementation.	Interesses auf Konflikte auszuweiten, bei denen die widerstreitenden Interessen über Umweltbelange hinausgehen.	stärkt die Verbindlichkeit der Richtlinienvorgaben und schafft ein klareres, einheitlicheres Regelungsniveau für alle Mitgliedstaaten. Der BWE begrüßt die Ergänzung des Art. 16f und die damit verbundene Klarstellung, dass Vorhaben im überragenden öffentlichen Interesse auch zu einer bestimmten Abwägungsentscheidung führen sollen. Damit wird der nationalen Umsetzung, die kein überragendes öffentliches Interesse für WEA nach Erreichen der Flächenziele vorsieht, ausdrücklich entgegengewirkt. Diese Klarstellung könnte positiven Einfluss auf die Behördenpraxis haben. Besonders positiv ist, dass neben der eigentlichen Stromerzeugung auch Netze, Speicher und Ladeinfrastruktur einbezogen werden, da der erfolgreiche Ausbau der Windenergie untrennbar mit einer leistungsfähigen Infrastruktur verbunden ist. Kritisch sieht der BWE hingegen die vorgesehene Möglichkeit der Mitgliedstaaten, die Vermutung des überragenden öffentlichen Interesses aus
---	---	---

		Gründen des Denkmalschutzes auszuschließen. Der Abwägungsvorrang der erneuerbaren Energien gilt bislang grundsätzlich auch gegenüber Belangen des Denkmalschutzes. Eine solche Einschränkung birgt die Gefahr, dass Windenergievorhaben erneut in erheblichem Umfang durch den Denkmalschutz blockiert werden und die intendierte Beschleunigungswirkung der Regelung unterlaufen wird.
Art. 16g Absence of alternative or satisfactory solutions and implementation of compensatory measures for the purpose of Article 6(4) of Directive 92/43/EEC 1. When assessing whether satisfactory alternative solutions to projects of renewable energy plants, the connection of such plants to the grid, the related grid itself and storage assets exist for the purposes of Articles 6(4) and 16(1) of Directive 92/43/EEC, Article 4(7), point (d), of Directive 2000/60/EC and Article 9(1) of Directive 2009/147/EC, the condition of having no satisfactory alternatives shall be fulfilled if there are no satisfactory alternative solutions capable of achieving the same objective of the project in question in terms of the development of the same renewable energy capacity through the same energy technology within	Artikel 16g wird in die Richtlinie (EU) 2018/2001 aufgenommen, um den Umfang der Bewertung zufriedenstellender Alternativlösungen und die Anforderung zur Anwendung von Ausgleichsmaßnahmen für die Zwecke des einschlägigen Umweltrechts der Union zu präzisieren.	Der BWE begrüßt die Klarstellung zu zumutbaren Alternativstandorten. Auf nationaler Ebene findet sich insbesondere für Wind bereits eine weitergehende Regelung in § 45b Abs. 8 BNatSchG, wann alternative Standorte zumutbar sind. Für Vorhaben außerhalb von Beschleunigungsgebieten sieht § 45b Abs. 8 Nr. 3 BNatSchG einen 20-km-Radius für den Alternativstandort vor. Dieser Radius ist nicht praxistauglich und muss deutlich geringer sein. Der BWE regt an, das Zeit-Kriterium und die signifikant höheren Kosten weitergehend zu konkretisieren und Empfehlungen zur Auslegung in den Erwägungsgründen aufzunehmen. Die

the same or similar timeframe and without resulting in significantly higher costs. 2. When implementing compensatory measures for projects of renewable energy plants, the connection of such plants to the grid, the related grid itself and storage assets, for the purpose of Article 6(4) of Directive 92/43/EEC, Member States may, in justified cases and where it can be reasonably demonstrated that the plan or project would not irreversibly affect the ecological processes essential for maintaining the structure and functions of the site and compromise the overall coherence of the Natura 2000 network before compensatory measures are put into place, allow for such compensatory measures to be carried out in parallel with the implementation of the project . Member States shall allow for those compensatory measures to be adapted over time in accordance with the precautionary principle, depending on whether the significant negative effects are expected to arise in the short, medium or long term.		Ausführungen hierzu im Erwägungsgrund 12 helfen der Auslegung nicht weiter. Über eine Konkretisierung des Zeitkriteriums könnte der Radius der Standortalternativenprüfung konkretisiert und der bestehende 20-km-Radius idealerweise reduziert werden. Alternativ käme eine Ergänzung des Abs.1 um ein konkretes räumliches Kriterium in Frage. Durch die Konkretisierung sollte idealerweise erreicht werden, dass vollständig andere Standorte gar nicht mehr in Betracht kommen können, sondern nur geringe örtliche Verschiebungen (Micro Siting) erfasst sind. Der BWE begrüßt die Möglichkeit und ausdrückliche Klarstellung, dass Kohärenzsicherungsmaßnahmen auch parallel zum Projekt umgesetzt werden können.
Art. 16h Permit-granting procedure for stand-alone energy storage other than hydrogen storage 1. The permit-granting procedure for stand-alone energy storage, other than hydrogen storage, shall cover all relevant administrative permits to build, repower and operate stand-alone storage, including	Artikel 16h wird in die Richtlinie (EU) 2018/2001 aufgenommen, um das Genehmigungsverfahren für	Der BWE begrüßt den Vorschlag. Klare und verbindliche Fristen verbessern die Planbarkeit von Projekten erheblich und tragen dazu bei, dringend benötigte Speicherprojekte zu beschleunigen.

grid connection permits and, where required, environmental assessments and permits. The permit-granting procedure shall comprise all administrative stages from the acknowledgment of the completeness of the permit application to the notification of the final decision on the outcome of the permit-granting procedure by the relevant competent authority or authorities. Within 30 days of receipt of an application for a permit, the competent authority shall acknowledge the completeness of the application or, if the applicant has not sent all the information required to process the application, request that the applicant submit a complete application without undue delay. The date of acknowledgement of the completeness of the application by the competent authority shall serve as the start of the permit-granting procedure. 2. Member States shall not require any administrative permit, including environmental ones, with the exception of grid connection permits, for the installation of stand-alone storage, other than hydrogen storage, with a total installed capacity of 100 kW or less. By way of derogation from Article 2(1) of Directive 2011/92/EU, the installation of that storage shall be exempt from the requirement applicable pursuant to Article 2(1) of that Directive, to carry out a dedicated environmental impact assessment. Member States shall restrict the application of this subparagraph in Natura	eigenständige Energiespeicher, mit Ausnahme von Wasserstoffspeichern, zu regeln.	Regelungen, die verhindern, dass Anträge durch den Netzbetreiber abgelehnt werden, wären eine sinnvolle Ergänzung (Verweis auf die Ausführungen zu Art. 17 Abs. 3).
---	--	--

2000 areas and other areas under national protection schemes and cultural or historical heritage protected areas. 3. Member States shall ensure that the permit-granting procedures, including grid connection permits and, where required, environmental assessments, shall not exceed six months for stand-alone energy storage, other than hydrogen storage, with a total installed capacity above 100 kW. However, in the case of pumped hydropower storage, the permit-granting procedure shall not exceed two years.		
Art. 16j Permit-granting procedure for the hybridisation of renewable energy plants 1. Where the hybridisation of a renewable energy power plant is subject to a screening process pursuant to Article 16a(4), to a determination whether the project requires an environmental impact assessment or to an environmental impact assessment pursuant to Article 4 of Directive 2011/92/EU, such a screening process, determination or environmental impact assessment shall be limited to the potential impact arising from the addition compared to the original project. 2. In cases of change of the use status of land on which renewable energy projects are installed, Member States	Artikel 16j wird in die Richtlinie (EU) 2018/2001 aufgenommen, um das Genehmigungsverfahren für die Hybridisierung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu regeln.	Der BWE begrüßt den Vorschlag, der die Bedeutung hybrider Projekte zu Recht unterstreicht. Die Genehmigung und Netzanbindung weiterer hybrider Erneuerbare-Energien-Anlagen ist ein entscheidender nächster Schritt in der Energiewende. Hybride Projekte ermöglichen eine sehr effiziente Nutzung der Netzkapazitäten und stabilisieren das Energiesystem, indem sie Schwankungen ausgleichen, bevor diese das öffentliche Netz erreichen.

shall ensure that the operation and hybridisation of those renewable energy projects can still occur.’;		
Art. 17 Procedures for grid connection permits 1. Member States shall ensure that the procedures for the grid connection permit do not exceed: (a) one month for the solar energy equipment and co-located energy storage referred to in Articles 16d(2), the stand-alone energy storage referred to in Article 16h(2), and the recharging stations referred to in Article 16i(2); (b) three months for the installation of the solar energy equipment and co-located energy storage referred to in Article 16d(1), and the repowering or hybridisation of existing renewable energy plants referred to in Articles 16c and 16j, unless there are justified safety concerns or there is technical incompatibility of the system components or, if due to the size of the capacity increase, more time is required to carry out the assessment. 2. Within the deadlines set out in Article 16a(1), Article 16b(1), and paragraph 1 of this Article, the system operator shall choose one of the following actions: (a) where there is sufficient capacity and the requested connection does not affect grid stability, reliability and	Artikel 17 der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um alle Bestimmungen zum Netzanschluss zu konsolidieren, ihren Anwendungsbereich zu erweitern und klare Regeln für die Verfahren zur Erteilung von Netzanschlussgenehmigungen einzuführen, einschließlich gezielter Fristen für den Anschluss bestimmter Projekte.	Der BWE begrüßt die Begrenzung der Dauer von Netzanschlussverfahren und die Pflicht des Netzbetreibers, den Antrag zwingend innerhalb der Frist anzunehmen, wenn genügend Netzkapazität besteht. In Deutschland dauert die Bearbeitung von Netzanschlussbegehren durch den Netzbetreiber deutlich länger, auch wenn aktuelle bereits eine 8-Wochen-Frist gilt. Das Überschreiten der Frist wird bisher nicht sanktioniert (BWE fordert das). Der BWE regt an, bei Nichteinhaltung der Fristen Sanktionierungsmöglichkeiten (z. B. pro Anlage und Tag der Fristüberschreitung) für die Mitgliedstaaten vorzusehen. Der BWE begrüßt grundsätzlich die Regel, dass der Netzbetreiber die Anfrage des Netzanschlussnehmers annehmen muss, wenn genügend Kapazität vorhanden ist. Diese Ausgestaltung lässt sich mit den bestehenden Regeln des EnWG vergleichen, die allgemein für Netzanschlüsse gelten. Für Erneuerbare Energien gibt es in Deutschland jedoch deutlich

safety, accept the requested grid connection and grant the connection, (b) where there is insufficient grid capacity, propose, where technically possible, a flexible connection agreement in accordance with Article 6a of Directive (EU) 2019/944. Member States shall grant renewable energy projects the right to immediate and priority connection to the grid at at least one connection point. The connection point shall be determined on the basis of overall economic efficiency, taking into account grid expansion costs and excluding any costs related to redispatch. Where insufficient grid capacity exists, Member States shall ensure that the system operator reinforces the grid without undue delay, in line with current and anticipated overall demand. Renewable energy projects have the right to demand repowering and expansion of grids until the renewable energy project can fully feed into the power grid. In case of proven and persististing overall economical unfeasibility, the systems operator may refrain from grid repowering or expansion and offer flexible connection agreements as laid out in paragraph 3 at the nearest location, which ensures best possible grid access.		weitgehendere Rechte auf Netzanschluss und -zubau, die sich unter dem Logik „Das Netz folgt der Anlage“ fassen lassen. Diese Logik sollte auch in das European Grids Package integriert werden, weil sie die Chance bietet, den Ausbau der Erneuerbaren vom Vorbehalt vorhandener Kapazitäten in alten, von zentralen Kraftwerken dominierten Netz zu befreien. Da die planungsrechtlichen Vorgaben zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Mitgliedstaaten auf der REDIII beruhen, muss mit dem Grid Package dieser Steuerungslogik nachgefolgt werden. Dementsprechend müssen die europäischen Regeln Netzanschlussmöglichkeiten für EE-Anlagen in planungsrechtlich vorbestimmten Regionen enthalten. Der BWE regt an, den Mitgliedstaaten ausreichend Spielraum beizubehalten, um den vorrangigen und unverzüglichen Netzanschluss als Garant der Energiewende nicht zu untergraben. Die aktuelle Formulierung suggeriert, dass diese Abweichungsmöglichkeit sonst nicht mehr bestehen soll, was für die Praxis nachteilige Folgen hätte. Im Übrigen sollten der besonderen Bedeutung der Erneuerbaren Energien für die Dekarbonisierung und ihres dezentralen Ansiedlungsprofils Rechnung getragen werden, indem ihnen konkrete
--	--	---

3. Where a proposal for an agreement referred to in paragraph 2, point (b), is rejected by the project developer, the system operator shall, on justified grounds of safety concerns or technical incompatibility of the system components, propose an alternative grid connection point, an alternative provisional date for the grid connection, or, if not possible, reject the connection request. 4. The lack of reply by the distribution system operator within the deadline established in paragraph 1, point (a), shall result in the connection permit being considered as granted, provided that the capacity of the solar energy equipment, the energy storage or the recharging stations does not exceed the available existing capacity of the connection to the distribution grid.		Rechtsansprüche zugestanden werden, die den ohnehin erforderlichen Netzausbau und Netzbau informieren und stimulieren können. Der BWE regt daher die Ergänzung um einen UAbs. 2 in Abs. 2 an. Der BWE begrüßt grundsätzlich die Möglichkeit, eine flexible Netzanschlussvereinbarung abzuschließen, wenn nicht ausreichend Kapazität vorhanden ist. Die klaren Folgen bei Ablehnung der Netzanschlussvereinbarung durch den Anschlussnehmer sowie die Begrenzung der Ablehnungsgründe des Netzbetreibers und seine Pflichten, Alternativen bereitzustellen (Abs. 3), sind grundsätzlich gut. Sie könnten jedoch noch stärker eingeschränkt werden, um eine Ablehnung oder die dadurch faktisch zwingende Annahme der flexiblen Netzanschlussvereinbarung zu verhindern. Der BWE kritisiert, dass der Netzanschlussbetreiber die Möglichkeit hat, aus den genannten Gründen das Netzanschlussbegehren abzulehnen. Nach der aktuellen Rechtslage in Deutschland ist dies faktisch nicht möglich; einzige Ausnahme ist die wirtschaftliche Unzumutbarkeit (vgl. § 8 EEG). In
---	--	--

		Deutschland besteht ein Anspruch auf Netzanschluss. Der Netzbetreiber muss im Zweifel sogar seine Leitung ertüchtigen oder ein neues Umspannwerk bauen, um Anschlussmöglichkeiten zu schaffen. Diese Regelung würde aktuell bestehende Ansprüche auf Netzanschluss unterlaufen. Der BWE regt daher an, dass auch auf Unionsebene eine Pflicht zum Ausbau des Netzes für den Netzbetreiber, um einen Anschluss zu ermöglichen ergänzt wird. Die Ablehnung des Begehrens soll nur in engen Ausnahmefällen, wie wirtschaftliche Unzumutbarkeit, greifen. Der BWE kritisiert, dass die Genehmigungsfiktion der Netzanschlussanfrage nicht auf für das Repowering von WEA (Art. 17 Abs. 1 b)) gilt. Der BWE regt an, diese auch für das Repowering von WEA zu ergänzen. Andernfalls ist die Möglichkeit der Sanktionierung bei Nichteinhaltung der Frist zwingend (s.o.).
--	--	--

3.2 Änderungen der Richtlinie (EU) 2019/944 (Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie)

Gesetzestext	Wesentliche Inhalte (deutsch)	BWE Einschätzung / Forderung
Article 8 Authorisation procedure 1. In circumstances where an authorisation, such as a licence, permission, concession, consent or approval, is required for the construction or operation of transmission or distribution system infrastructure for electricity, or associated equipment, or for the construction of new generating capacity, Member State, or any competent authority they designate, shall grant such authorisation in accordance with paragraphs 2 to 14. Member States or any competent authority they designate may also grant authorisations on the same basis for the supply of electricity and for wholesale customers. 2. Member States that implement a system of authorisation shall: (a) establish objective and non-discriminatory criteria, along with transparent procedures, which must be satisfied by any undertaking seeking authorisation to construct and/or operate new generating capacity, as well as transmission or distribution system infrastructure.		Der BWE begrüßt die neuen Regelungen für die Genehmigungen zum Ausbau und Betrieb von Verteiler- und Übertragungsnetzen. Wie sich bei den Genehmigungen von WEA gezeigt hat, sind die Stellung in das überragende öffentliche Interesse, klare Verfahrensfristen und die Möglichkeit, von bestimmten Umweltprüfungen abzusehen, extrem hilfreich für die Beschleunigung der Verfahren gewesen. Vor dem Hintergrund, dass die Verteilernetze der Flaschenhals für den Anschluss der WEA an das Netz sind, bedarf es unbedingt einer schnellen Ertüchtigung und Ausbau von Verteilernetzen. Da die dafür erforderlichen Planfeststellungsverfahren regelmäßig länger als zwei Jahre benötigen, sind insbesondere die 2-Jahresfrist und die Genehmigungsfiktion zu begrüßen (Abs. 3 (b) und (c)) Im Einzelnen: Zu 2. (c): Der BWE begrüßt die Berücksichtigungspflicht von EE-Anlagen beim Verfahren für den Netzausbau. Dies muss sich

(b) make public the criteria and procedures for granting authorisations; (c) ensure that authorisation procedures for such generation capacity, and infrastructure, or associated equipment, take into account the importance of the project for the internal markets for electricity and renewable energy sources, where appropriate, especially where Member States have designated specific areas for renewable energy projects in accordance with Art. 15c of Directive (EU) 2018/2001; (d) ensure that authorisation procedures take into account the necessity, or lack thereof, for conducting assessments in accordance with Council Directive 92/43/EEC and Directives 2000/60/EC, 2001/42/EC, 2009/147/EC, Directive 2011/92/EU; (e) ensure the existence of specific, simplified and streamlined authorisation procedures for small decentralised and/or distributed generation and distribution system infrastructure, including their refurbishment, modernisation, or repowering and minor extensions in order to connect renewable energy sources with the grid, taking into account their limited size and potential impact; (f) ensure that guidelines for those specific authorisation procedures are established and revised by regulatory authorities or other competent national		verfahrensrechtlich aber noch deutlicher niederschlagen. Der BWE schlägt vor, diese Regelung weiter zu konkretisieren. Hierbei soll den Mitgliedstaaten auferlegt werden, dass sie in ihrem Verfahren Regelungen vorsehen müssen, um den Netzausbau für EE-Anlagen priorisiert voranzutreiben. Diese Logik folgt der RED. Mit der Ausweisung von Beschleunigungsgebieten hat der Gesetzgeber eine planungsrechtliche Entscheidung getroffen. Dieser Entscheidung muss mit entsprechender Netzplanungslogik gefolgt werden. Nur so kann ein zügiger Anschluss der vorhandenen EE-Anlagen an das Netz erreicht und ein Redispatch verhindert werden. Zu 2. (e): Der BWE begrüßt die Berücksichtigung durch vereinfachte Verfahren für kleinere Netzausbauvorhaben. Dies entspricht der Position des BWE zur Änderung der aktuellen Rechtslage im EnWG. Konkret fordert der BWE, Errichtungen und Änderungen von Hochspannungsfreileitungen mit 110 kV oder mehr bis zu 10 km von einem Planfeststellungsverfahren auszunehmen. Aktuell sind für kleinere Erweiterungen und Änderungen ab einer Länge von 200 m aufwändige und langwierige
--	--	---

authorities, including planning authorities, which may recommend amendments; (g) ensure that all decisions are made publicly available; (h) ensure applicants are informed of the reasons for any refusal to grant an authorisation. That these reasons are objective, non-discriminatory, well-founded and duly substantiated, and that appeal procedures are made available to applicants; (i) ensure that competent national authorities have adequate technical, financial and human resources to render a decision, on the authorisation within the applicable timeframes; 3. Where Member States implement a system of authorisation for transmission or distribution system infrastructure for electricity, Member States shall also: (a) ensure consistency of the system of authorisation for transmission and distribution system infrastructure with the distribution network development plan and the transmission ten-year network development plan adopted pursuant to Articles 32 and 51; (b) ensure that authorisation procedures, including all relevant procedures of the competent authorities, do not exceed two years except when duly justified on the		Planfeststellungsverfahren notwendig (§ 43 Abs. 1 EnWG). Dies verzögert den Netzausbau erheblich, weshalb der BWE fordert, das Anzeigeverfahren in § 43f EnWG auf Leitungserrichtungen und -änderungen von bis zu 10 km zu erweitern. Der BWE schlägt daher vor, dies auch auf EU-Ebene noch weiter zu konkretisieren. Zu 2. (i): Der BWE begrüßt, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen sollen, dass Behörden mit ausreichend technischen, finanziellen und personalen Ressourcen ausgestattet sind. Zu 3. (b): Der BWE begrüßt die 2-Jahres Frist für Genehmigungsverfahren. Mit den Änderungen durch Abs. 3 (c) und (d) sowie 5 und den Ausnahmen von Umweltprüfungen nach Abs. 9 und 10 können Verfahren tatsächlich beschleunigt werden. Aktuell dauern die hierfür nach deutschem Recht notwendigen Planfeststellungsverfahren zwischen drei und fünf Jahren.
---	--	---

grounds of extraordinary circumstances, where they may be extended by up to one year; (c) ensure that the lack of reply by the competent national authorities or entities within the deadline established in point b results in the specific steps to be considered as approved, except for the environmental decisions and where the principle of administrative tacit approval does not exist in the national legal system of the Member State concerned; (d) ensure that the publication of final decisions includes decision granted tacitly following the lack of reply by the relevant competent authorities or entities; (e) ensure that the authorisation of transmission or distribution system infrastructure is regarded as essential for the integration of renewable energy resources, as well as for achieving climate and energy targets and the objective of climate neutrality. Therefore, such authorisation procedures shall be given priority over other authorisation procedures in processing by the responsible authority. 4. Member States shall establish or designate one or more contact points for transmission or distribution system operators. Those contact points shall, upon the applicant's request and free of charge, provide guidance to the applicant and facilitate the entire authorisation procedure for the activities referred to in		Zu 3. (c): Der BWE begrüßt grundsätzlich die Zustimmungsfiktion für anzuhörende Stellen im Genehmigungsverfahren. Der BWE regt an, diese auch auf „environmental decisions“ auszuweiten. Regelmäßig sind die Umweltprüfungen die Ursache für die lange Verfahrensdauer. Zu 3. (e): Der BWE begrüßt die Priorisierung von Genehmigungsverfahren zum Anschluss von EE-Anlagen. Diese Priorisierung sollte noch stärkeres Gewicht haben. Der BWE regt daher an, die vorgeschlagenen Änderungen in Abs. 2 (c) und (e) zu ergänzen sowie an dieser Stelle einen verwaltungsprozessualen Vorrang solcher Verfahren zu etablieren.
--	--	---

paragraph 1, up to the final decision by the responsible authorities. The applicant shall not be required to contact more than one contact point for the entire process. The contact points may be the same as the national competent authorities referred to in Article 8 of Regulation (EU) 2022/869 or the contact points referred to in Article 16 of Directive (EU) 2018/2001. 5. Where Member States implement a system of authorisation for transmission or distribution system infrastructure for electricity, Member States shall ensure that, where any studies, reports and documentation required for the procedure are missing from the applications, the competent national authorities, in cooperation with other relevant authorities, request the necessary materials from the developer, specifying their scope and level of detail, within three months from the application. Within the same three-month period, the national competent authority shall inform the developer whether the presumptions under paragraph 10 do not apply to the project. After that period, neither the competent authority nor any other relevant authority shall request additional information, studies, reports or assessments, except in cases where a material change has occurred to the project or its surrounding environment, rendering the initial criteria upon which determinations		Der BWE begrüßt die Beschränkung des Nachforderungsrechts von Unterlagen durch die zuständigen Stellen auf drei Monate nach Antragstellung ausdrücklich. Nachforderungen zu einem späten Zeitpunkt im Verfahren verzögern dieses regelmäßig und sind häufig der Grund für die aktuell lange Verfahrensdauer.
--	--	--

were based no longer appropriate. Where such material change has occurred the national competent authority shall provide the project promoter with a well-reasoned justification for the request for additional information. 6. The time limit established in paragraph 3 of this Article shall apply without prejudice to obligations under applicable Union environmental and energy law, including Directive (EU) 2018/2001, to judicial appeals, remedies and other proceedings before a court or tribunal, and to alternative dispute resolution mechanisms, including complaints procedures, non-judicial appeals and remedies, and may be extended for the duration of such procedures. 7. This Article shall apply without affecting Articles 7 to 10 of Regulation (EU) 2022/869 and Article 15 and Articles 15b to 17 of Directive (EU) 2018/2001. 8. Until climate neutrality is achieved at Union level, Member States shall ensure that, in the necessary case-by-case assessments in the context of authorisation procedures, the planning, the construction and operation of transmission or distribution system infrastructure are presumed as being in the overriding public interest and serving public health and safety when balancing legal interests in individual cases for the purposes of Article 6(4) and Article 16(1), point (c), of Directive 92/43/EEC, Article 4(7) of Directive		Der BWE begrüßt die Stellung des Netzausbaus in das überragende öffentliche Interesse und den damit einhergehenden Abwägungsvorgang in Abwägungsentscheidungen. Diese Re-
---	--	---

2000/60/EC and Article 9(1), point (a), of Directive 2009/147/EC. Member States may, in duly justified and specific circumstances, restrict the application to certain parts of their territory, to certain types of technology or to projects with certain technical characteristics. Member States shall ensure that those projects are also given priority when balancing legal interests other than those referred to in this paragraph with the exception of cultural heritage on the basis of legal criteria to ensure harmonized implementation. 9. Until climate neutrality is achieved at Union level, by way of derogation from Article 2(1) and Article 4(1) and 4(2) of Directive 2011/92/EU and Annex I, point 20, and Annex II, point (3)(b), of that Directive, and by way of derogation from Article 6(3) of Directive 92/43/EEC, Member States shall ensure that the competent authority may, under justified circumstances, including		gelung hat bei EE-Anlagen bereits deutliche Beschleunigungswirkung gezeigt und ist daher an dieser Stelle ausdrücklich notwendig. Der BWE kritisiert die Beschränkungsmöglichkeit des überragenden öffentlichen Interesses und des Abwägungsvorrangs auf bestimmte Teile ihres Hoheitsgebiets. Dies birgt die Gefahr, dass Mitgliedstaaten – ähnlich wie bei der Flächenausweisung nach der RED – den vorrangigen Netzausbau stark einschränken können. Dieser Satz sollte gestrichen werden. Der BWE kritisiert – wie auch bereits bei Art. 16f der RED – die Beschränkungsmöglichkeit der Mitgliedstaaten des Abwägungsvorrangs des Netzausbaus aus Gründen des Denkmalschutzes. Der Abwägungsvorrang muss auch gegenüber Belangen des Denkmalschutzes gelten. Eine solche Einschränkung birgt die Gefahr, dass Netzausbauvorhaben in erheblichem Umfang durch den Denkmalschutz blockiert werden und die intendierte Beschleunigungswirkung der Regelung unterlaufen wird. Dieser Unterabsatz sollte gestrichen werden. Der BWE begrüßt ausdrücklich die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, von den Prüfungen nach der UVP-Richtlinie, der FFH-Richtlinie und der
--	--	---

the need to accelerate the deployment of the electricity system infrastructure to achieve climate neutrality and renewable energy targets, exempt the refurbishment, modernisation, or repowering of existing transmission and distribution system infrastructure, provided it does not entail the use of additional space result in additional use of space of less than 10% of the existing infrastructure and complies with the applicable environmental mitigation measures established for the original installation, from: (a) the environmental impact assessment pursuant to Article 2(1) of Directive 2011/92/EU; (b) an assessment of their implications for Natura 2000 sites pursuant to Article 6(3) of Directive 92/43/EEC; (c) the assessment of their implications on species protection pursuant to Article 12(1) of Directive 92/43/EEC and to Article 5 of Directive 2009/147/EC; (d) the screening pursuant to Article 5 of Regulation [xxxxx] of the European Parliament and of the Council, Those exemptions shall not apply to the refurbishment, modernisation or repowering of existing transmission and distribution system infrastructure, and the construction of new distribution system infrastructure, or associated equipment, which are likely to have significant effects on the environment in another		Vogelschutzrichtlinie sowie vom Screening nach Art. 5 des Umwelt-Omnibus für Ertüchtigungsmaßnahmen von Übertragungs- und Verteilnetzen für eine begrenzte Zeit – nämlich für den beschleunigten Netzausbau, um Klimaneutralität und die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien zu erreichen – ganz abzusehen. Der BWE kritisiert die Beschränkung dieser Ausnahmemöglichkeit für den Fall, dass hierbei keine zusätzliche Fläche in Anspruch genommen wird und die bestehen Minderungsmaßnahmen weiter eingehalten werden. Der BWE regt daher an, das Kriterium der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme weiter zu konkretisieren und geringfügige Flächenvergrößerungen von bis zu 10 % Fläche der Bestandsinfrastruktur davon zu erfassen, da Ertüchtigungen oder Instandhaltungen auf den Stand der Technik regelmäßig mit geringfügig größerer Flächeninanspruchnahme einhergehen müssen. Zum Beispiel bedarf es bei Masterhöhungen aufgrund des Austauschs in leistungstärkere Seile eines größeren Mastfundaments.
--	--	--

Member State, in accordance with Article 7 of Directive 2011/92/EU. Member States shall restrict the application of this paragraph in Natura 2000 areas and other areas under national protection schemes and cultural or historical heritage protected areas. 10. Under justified circumstances, Member States may also apply the exemptions referred to in paragraph 9 to the construction of new distribution infrastructure or associated equipment, provided that the relevant project has undergone a screening in accordance with Directive with Article 4(2) of Directive 2011/92/EC whereby the competent national authority has ascertained that the project is not likely to have a significant environmental impact, notably in view of the particularities of the area in which the project is deployed, such as urban and densely built areas. Those exemptions shall not apply to the construction of new distribution infrastructure or associated equipment, which are likely to have significant effects on the environment in another Member State, in accordance with Article 7 of Directive 2011/92/EU. Where the screening referred to in the first subparagraph identifies a likely significant environmental impact, the competent authority shall inform the project developer within 45 days from the		Der BWE begrüßt ausdrücklich die Möglichkeit die Ausnahme nach Abs. 9 auch auf die Errichtung neuer Netzinfrastruktur zu erweitern, sofern eine UVP-Vorprüfung stattgefunden hat. Der BWE regt an, das Kriterium „<i>not likely to have significant environmental impact</i>“ weiter zu konkretisieren. Der BWE begrüßt die Frist von 45 Tagen für die UVP-Vorprüfung nach Antragstellung. Der BWE kritisiert, dass es keine Rechtsfolge bei Nichteinhaltung der Frist gibt. Der BWE regt an, eine Anwendungsfiktion der Ausnahme von Abs. 10 zu ergänzen.
--	--	---

application that an assessment referred to in points (a), (b) and (c) of paragraph 9 is required. The lack of informing the project developer within the deadline established in the previous sentences by the competent national authorities or entities results in the application of the exception, except where the principle of administrative tacit approval does not exist in the national legal system of the Member State concerned. Member States shall restrict the application of this paragraph in Natura 2000 areas and other areas under national protection schemes and cultural or historical heritage protected areas. 11. The planning, construction and operation of transmission and distribution system infrastructure shall be presumed to contribute to a long-term reduction of nitrogen emissions and shall not require an assessment of nitrogen emissions in an assessment that may be carried out to comply with Article 6 of the Council Directive 92/43/EEC. 12. An environmental impact assessment in accordance with Directive 2011/92/EU, and, where applicable, an appropriate assessment under Directive 92/43/EEC, for a project for the extension, refurbishment, modernisation or repowering of existing transmission or distribution system infrastructure, shall be limited to		Der BWE begrüßt die Einführung einer Deltaprüfung für Ertüchtigungsmaßnahmen von Übertragungs- und Verteilnetzen für die UVP- und FFH-Prüfung.
---	--	--

evaluating the potential impact arising from the changes or extensions compared to the original transmission or distribution system infrastructure. 13. To manage authorisations within the meaning of paragraph 1, Member States shall ensure that digital platforms are in place to manage applications, the associated process, and ongoing decisions. Those platforms shall provide access to the relevant environmental and geological data and decisions available in the central online portal referred to in Article 10(3) of Regulation [xxxxx] of the European Parliament and of the Council.		Der BWE begrüßt die Digitalisierung der Anfrage- und Genehmigungsprozesse für einen beschleunigten Netzausbau. Innerhalb der Übertragungs- und Verteilernetzebene sollten die Prozesse weitestmöglich standardisiert werden, sodass perspektivisch auch eine Automatisierung der Prozesse umgesetzt werden kann.
Art. 8a Absence of alternative or satisfactory solutions and implementation of compensatory measures for the purpose of Article 6(4) of Directive 92/43/EEC 1. When assessing whether satisfactory alternative solutions to transmission or distribution system infrastructure projects, and associated equipment, exist for the purposes of Articles 6(4) and Article 16(1) of Directive 92/43/EEC, Article 4(7), point (d), of Directive 2000/60/EC and Article 9(1) of Directive 2009/147/EC, the condition of having no satisfactory alternatives shall be fulfilled where there are no satisfactory alternative solutions capable of achieving the same objective of the project in question, in terms of the development of the same capacity through the same technology within the	Siehe oben RED III Art. 16g	Hat für Windenergie keine Relevanz.

same or similar timeframe and without resulting in significantly higher costs. 2. When implementing compensatory measures for transmission or distribution system infrastructure projects, and associated equipment, for the purpose of Article 6(4) of Directive 92/43/EEC, Member States may, in justified cases and where it can be reasonably demonstrated that the plan or project would not irreversibly affect the ecological processes essential for maintaining the structure and functions of the site and would compromise the overall coherence of the Natura 2000 network before compensatory measures are put into place, allow for such compensatory measures to be carried out in parallel with the implementation of the project. Member States may allow for those compensatory measures to be adapted over time in accordance with the precautionary principle, depending on whether the significant negative effects are expected to arise in the short, medium or long term.		
Art. 40a Network development and powers to make investment decisions 1. At least every two years, all transmission system operators shall submit to the regulatory authority a ten-year network developmentdevelopment plan based on existing and forecast supply and demand after having consulted all the relevant stakeholders, in accordance		Der BWE begrüßt diesen Vorschlag, insbesondere, - die koordinierte Planung zwischen Erdgas, Wasserstoff und Elektrizität (Stichwort: Sektorenkopplung);

with paragraph 2, point (c). That network development plan shall contain efficient measures in order to guarantee the adequacy of the system and the security of supply. The transmission system operator shall publish the ten-year network development plan on its website. Member States shall endeavour to ensure coordinated planning steps of the respective ten-year network development plans for natural gas, hydrogen and electricity. 2. The ten-year network development plan shall in particular: (a) indicate to market participants the main transmission infrastructure that needs to be built or upgraded over the next ten years and next fifteen years, considering the potential of anticipatory investments to accommodate future system needs; (b) consider with priority use of non-fossil flexibility resources pursuant to Regulation (EU) 2019/943, non-wire solutions pursuant to Regulation (EU) [TEN-E Regulation as proposed by COM(2025)xxxx], and other alternatives to system expansion; (c) be based on a joint scenario developed every two years pursuant to Article 55 of Directive (EU) 2024/1788		- dass Netzbetreiber in ihrem Netzentwicklungsplan nicht fossile Flexibilitätsressourcen und nicht leitungsgebundene Lösungen und Alternativen mit Priorität beachten müssen; - die Regelungen zu Investitionen und deren Zeitplanung; - die Berücksichtigung des Potenzials für den Einsatz von Lastmanagement, Energiespeichern oder anderen Ressourcen als Alternativen zum Netzausbau sowie den erwarteten Verbrauch, den Handel mit anderen Ländern und die Investitionspläne für unionsweite und regionale Netze (Abs. 4). Der BWE regt an, bei der Aufstellung der Netzentwicklungspläne Erneuerbare Energien, für die bestimmte Gebiete nach der RED (Richtlinie (EU) 2018/2001) ausgewiesen wurden, konkret in der Ausbauplanung zu berücksichtigen. Der Verweis auf die nationalen Klima- und Energiepläne ist hierbei nicht ausreichend (Abs. 2 (d)). Der EU-Gesetzgeber hat durch die Ausweisungspflicht von Beschleunigungsgebieten über die RED den Mitgliedstaaten planungsrechtliche Vorgaben gemacht und damit auf nationaler
---	--	--

of the European Parliament and the Council Regulation (EU) [TEN-E Regulation as proposed by COM(2025)xxxx]; , which shall be consistent with the central scenario and the sensitivities developed in accordance with Article 11 of Regulation (EU) [TEN-E Regulation as proposed by COM(2025)xxxx]; (d) be in line with the integrated national energy and climate plan and its updates, take into account the state of play in the integrated national energy and climate plans submitted in accordance with Regulation (EU) 2018/1999, be consistent with targets set by Directive (EU) 2018/2001, follow the application of the energy efficiency first principle in accordance with Article 27 of Directive (EU) 2023/1791 and support the climate-neutrality objective set out in Article 2(1) and Article 4(1) of Regulation (EU) 2021/1119 of the European Parliament and of the Council; (e) take into account when Member States have designated renewables acceleration areas pursuant to Article 15c of Directive (EU) 2018/2001 to ensure fast access to the grid; (f) contain all the investments already decided and identify new investments which have to be executed in the next three years;		Ebene für eine Steuerung gesorgt. Dieser muss beim Netzausbau nun gefolgt werden, um EE-Anlagen auch tatsächlich ans Netz anzuschließen und die Energieziele zu erreichen. Der BWE schlägt daher vor, Abs. 2 nach unserem Vorschlag anzupassen.
--	--	---

(f) (g) provide for a time frame for all investment projects. 3. New infrastructure projects shall be accompanied by an explanation how non-wired solutions, non-fossil flexibility resources or other alternatives to system expansion were taken into account. 4. When elaborating the ten-year network development plan, the transmission system operator shall fully take into account the potential for the use of demand response, energy storage facilities or other resources as alternatives to system expansion, as well as expected consumption, trade with other countries and investment plans for Union-wide and regional networks. 5. The regulatory authority shall consult all actual or potential system users on the ten-year network development plan in an open and transparent manner. Persons or undertakings claiming to be potential system users may be required to substantiate such claims. The regulatory authority shall publish the result of the consultation process, in particular possible needs for investments.		
---	--	--

6. The regulatory authority shall approve or request the amendment of the ten-year network development plan and examine whether the ten-year network development plan covers all investment needs identified during the consultation process, and whether it is consistent with the non-binding Union-wide ten-year network development plan ('Union-wide network development plan') referred to in of Article 30(1), point (b), of Regulation (EU) 2019/943. Where any doubt arises as to the consistency with the Union-wide network development plan, the regulatory authority shall consult ACER. The regulatory authority may require the transmission system operator to amend its ten-year network development plan. The competent national authorities shall examine the consistency of the ten-year network development plan with the national energy and climate plan submitted in accordance with Regulation (EU) 2018/1999. 7. The regulatory authority shall monitor and evaluate the implementation of the ten-year network development plan. 8. In circumstances where the independent system operator, or independent transmission operator, other than for overriding reasons beyond its control, does not execute an investment, which, under the ten-year network development plan, was to be executed in the		
--	--	--

following three years, Member States shall ensure that the regulatory authority is required to take at least one of the following measures to ensure that the investment in question is made where such investment is still relevant on the basis of the most recent ten-year network development plan: (a) to require the transmission system operator to execute the investments in question; (b) to organise a tender procedure open to any investors for the investment in question; or © to oblige the transmission system operator to accept a capital increase to finance the necessary investments and allow independent investors to participate in the capital. 9. Where the regulatory authority has made use of its powers under paragraph 8, point (b), it may oblige the transmission system operator to agree to one or more of the following: (a) financing by any third party; (b) construction by any third party; © building the new assets concerned itself; (d) operating the new asset concerned itself. The transmission system operator shall provide the investors with all information needed to realise the		
--	--	--

investment, shall connect new assets to the transmission network and shall generally make its best efforts to facilitate the implementation of the investment project. The relevant financial arrangements shall be subject to approval by the regulatory authority. 10. Where the regulatory authority has made use of its powers under paragraph 8, the relevant tariff regulations shall cover the costs of the investments in question.		
--	--	--

4 EU Grids Package: Proposal for a Regulation (TEN-E) (COM(2025) 1006 final)

Gesetzestext	BWE Einschätzung / Forderung
Artikel 7 1.The Union list shall establish, for the purposes of any decisions issued in the permit-granting process, the necessity of projects on the Union list from an energy policy and climate perspective, without prejudice to the exact location, routing or technology of the project. The first subparagraph shall not apply to competing projects or to projects that have not reached a sufficient degree of maturity to provide a project specific cost-benefit analysis as referred to in Section 2, point (1)(d), of Annex III. 2. For the purpose of ensuring efficient administrative processing of the application files related to projects on the Union list, project promoters and all authorities concerned shall ensure that those files are treated in the most rapid way possible in accordance with Union and national law. 3. Projects on the Union list shall have the status of the highest national significance possible, where such a status exists in national law and be treated as such in the permit-granting process, including those relating to environmental assessments, in spatial planning, and in obtaining rights of way and expropriation of necessary land. 4. All dispute resolution procedures, litigation, appeals and judicial remedies related to projects on the Union list in front of any national courts, tribunals, panels, including mediation or arbitration, where they exist in national law, shall be treated as urgent, if and to the extent to which national law provides for such urgency procedures.	Der BWE begrüßt die Regelungen in dem <i>Proposal for a Regulation</i>. Diese erheblichen Verfahrenserleichterungen treffen nicht Windenergieanlagen selbst, aber Übertragungsnetzausbau, Bau von Energiespeichern, Härtung und Digitalisierung aller Netzbestandteile von Höchst- bis Mittelspannung, sofern sie auf die Unionsliste genommen werden. Die Vorteile für die Windenergie an Land sind mittelbarer Natur: Mehr Übertragungskapazität, Flexibilitäten, Netztransparenz und -resilienz sind alle sehr nützlich, um mehr EE-Anlagen ans Netz zu bringen und ihren Strom nutzbar zu machen.

[...]

6. Until climate neutrality is achieved at Union level, in the permit-granting procedure, the planning, construction and operation of projects falling within the infrastructure category referred to in Annex II point (1) fall under the provision of Article 8(8) of Directive (EU) 2019/944 and are presumed as being in the overriding public interest and serving public health and safety when balancing legal interests in individual cases for the purposes of Article 6(4) and Article 16(1), point ©, of Directive 92/43/EEC, Article 4(7) of Directive 2000/60/EC and Article 9(1), point (a), of Directive 2009/147/EC. Member States may, in duly justified and specific circumstances, restrict the application of the presumption to certain parts of their territory, to certain types of technology or to projects with certain technical characteristics.

Member States shall ensure that, in the planning and permit-granting process, the construction and operation of projects falling under the infrastructure category referred to in point (1) of Annex II are given priority when balancing legal interests in individual cases for other purposes than the ones referred in the first subparagraph with the exception of cultural heritage on the basis of legal criteria to ensure harmonized implementation.

The first subparagraph shall not apply to competing projects or to projects that have not reached a sufficient degree of maturity to provide a project specific cost-benefit analysis as referred to in Section 2, point (1)(d), of Annex III.

7. Until climate neutrality is achieved at Union level, with regard to projects on the Union list falling under the infrastructure categories referred to in point (1) of Annex II to this Regulation which are expressly included in a National Development Plan that has been subject to a strategic environmental assessment in accordance with Directive 2001/42, and, where it is likely to

have a significant impact on Natura 2000 sites, to the appropriate assessment pursuant to Article 6(3) of Directive 92/43/EEC, Member States may, insofar as the project complies with and does not go beyond the framework of the assessed National Development Plan:

(a) exempt those projects from the environmental impact assessment under Article 2(1) of Directive 2011/92/EU, and

(b) exempt those projects from an assessment of their implications for Natura 2000 sites pursuant to Article 6(3) of Directive 92/43/EEC and from the assessment of their implications on species protection pursuant to Article 12(1) of Directive 92/43/EEC and to Article 5 of Directive 2009/147/EC.

For projects located in, or crossing, Natura 2000 sites and areas designated under national protection schemes for nature and biodiversity conservation, the exemptions referred to in the first subparagraph shall only be applicable in case there are no proportionate alternatives for their deployment, taking into account the objectives of the site. Projects referred to in Annex II point 1(c) shall exclude Natura 2000 sites and areas designated under national protection schemes.

5 EU Grids Package: Commission Notice – Guidance on efficient and timely grid connections

Guidance Text	BWE Einschätzung / Forderung
S. 19 f. <i>Prioritisation frameworks</i> As explained before, Member States and/or regulatory authorities must ensure that their national legal framework ensures access to their grids is granted in a non-discriminatory way, which does not, however, entail an obligation to apply the first-come, first-served principle for grid connection. Member States or the NRAs may set other rules to be applied by grid operators (for instance ‘first ready, first served’ or ‘milestone-based, milestone-enforced’ approaches or other approaches as outlined further), provided they are non-discriminatory and transparent and follow objective and technically and economically justified criteria. [...] Still, the first-come, first-served principle is currently applied by the vast majority of Member States, either because connection queues are a relatively recent phenomenon, or because of uncertainty on what the legal framework allows. Priority schemes, in a sense that a certain group of users is treated first during the allocation of scarce capacity (<i>prioritisation of capacity allocation</i>) are only being tested by Member States and are not broadly deployed. [...]	Angesichts des aktuellen Booms bei Batteriespeichersystemen (BESS) wird das Windhund-Prinzip zunehmend ineffizient. Daher unterstützt der BWE die Einführung eines alternativen Ansatzes für Netzanschlüsse. Die aktuelle Mitteilung der Kommission, <i>Guidance on Efficient and Timely Grid Connections</i>, schlägt die Anwendung von Projektreife-Kriterien vor. Darüber hinaus „kann“ laut dem Toolbox-Dokument der Kommission ein Priorisierungsregime mit einem Bonus für Netzdienlichkeit eingeführt werden. Der BWE begrüßt grundsätzlich, dass den Mitgliedstaaten Flexibilität bei der Wahl der geeigneten Kriterien eingeräumt wird. Wir kritisieren jedoch, dass die aktuelle Guidance insbesondere die Netzdienlichkeit in den Vordergrund stellt. Dies ist inkonsequent, weil die Kommission den Begriff durchaus mit Blick auf den volkswirtschaftlichen und systemischen Gesamtnutzen definiert. Wir schlagen vor, stattdessen die Systemdienlichkeit als das übergeordnete Steuerungsprinzip der Energiewende zu benennen. In der Energiewende geht es nicht allein um einen möglichst kosteneffizienten Ausbau der Netze – obwohl dies ein überaus wichtiger Teilaspekt von Systemdienlichkeit ist. Vielmehr muss das bestmögliche Optimum aus verschiedenen Teilzielsetzungen gefunden werden. Dazu zählen neben Netzdienlichkeit (im Sinne von: Senkung der Redispatch-, Netzanschluss-, und Netzausbaukosten) auch Resilienz und Versorgungssicherheit, Dekarbonisierung, allgemeine

S. 29

A prioritisation framework, if necessary, shall be based on objective non-discriminatory criteria, which can give priority on grid-friendly uses (e.g., storage, non-fossil flexibility), climate-friendly uses, social value, security interests, basic needs, or economic criteria, as relevant and appropriate in a given national context.

S. 20

Grid-friendly uses are to be understood as projects aligned to system needs, mitigating new network expansion needs and lower system costs for all consumers. They are by their nature very local, as in each grid and region, congestion may be caused by different drivers (generation vs. demand, patterns on generation or consumption side – time differentiation, specific voltage issues). Examples include co-located storage if accompanied by limitation of injection in peak generation hours, new demand in generation-dense areas, if able to follow generation patterns (hence avoiding the need to build or strengthen existing lines), generation in demand-heavy areas, industrial electrification able to provide demand response, etc. While a universal solution at the EU level do not exist due to significance of local conditions, clear criteria should be defined at the national level, in regulatory or legislation framework, to align with the previously mentioned need for non-discriminatory treatment by system operators.

Kosteneffizienz und Marktintegration. Ein Projekt, das systemdienlich ist, bildet genau die optimale Querschnittsmenge aus diesen sich teilweise überlappenden, teilweise konkurrierenden Teilzielen ab. Ein solch weiter gefasster Begriff spiegelt die Vielzahl der Bedarfe und Stakeholder der Energiewende wider. Außerdem öffnet er die Perspektive hin zu einer politischen Realität, in der Fragen der Sicherheit, der Eigenversorgung und der Systemstabilität immer dringlicher werden.

In [Übereinstimmung mit dem Bundesverband Erneuerbare Energien \(BEE\)](#) schlägt der BWE ein technologie-spezifisches Reservierungsverfahren für Netzkapazitäten vor, das auf Projektreife und Projektfortschritt basiert. **Vorrang sollte dabei erneuerbaren Erzeugungsanlagen eingeräumt werden.** Dies dient der weiteren Dekarbonisierung und schafft Anreize, Speicheranlagen in Co-Location zu Windparks zu errichten. Co-located Speicher können denselben Netzanschluss wie der Windpark nutzen, Erzeugungsspitzen zeitlich verschieben und tragen so zur Reduzierung der Netzausbaukosten beitragen.

Für BESS empfiehlt der BWE außerdem, [die Systemdienlichkeit der Projekte als weiteres Kriterium zusätzlich zu Reife und Projektfortschritt zu berücksichtigen](#). Anders als reine Netzdienlichkeit erfasst die Systemdienlichkeit die vielfältigen Funktionen und Vorteile, die BESS für das Gesamtsystem bieten können. Systemdienlichkeit sollte, wie oben beschrieben, als Optimum verschiedener Aspekte verstanden werden. Spezifisch bei BESS sollte der Bezug von Grünstrom (durch geteilten Netzanschluss mit EE-Anlage oder Standort in einer Region mit hoher EE-Einspeisung) sowie die Schwarzstartfähigkeit und die Bereitstellung von Momentanreserven zur einer höheren Priorität beim Netzanschluss führen.

	Die Anwendung eines solchen Kriteriums im Netzanschlussprozess für BESS würde die gewünschte qualitative Steuerung des Speicherausbaus ermöglichen. Dieser trägt zu Effizienz und Kostensenkungen im Stromsystem bei.
--	---

6 EU Environmental Omnibus¹: Proposal for a Regulation on speeding-up environmental assessments

Gesetzestext	Wesentliche Inhalte (deutsch)	BWE Einschätzung / Forderung
Article 1 Scope This Regulation applies to environmental assessments and screening of plans, programmes and projects falling within the scope of Directives 2000/60/EC, 2001/42/EC, 2009/147/EC, 2011/92/EU and 92/43/EEC.	Die Verordnung gilt für Umweltprüfungen von Plänen, Programmen und Vorhaben, die unter die WasserrahmenRL, die SUP-RL, die Vogel-schutzRL, die UVP-RL und die FFH-RL.	Der BWE begrüßt die Rechtswahl der Verordnung und den Anwendungsbereich mit der Erfassung aller relevanten Richtlinien für Umweltprüfungen.
Article 2 Definitions 1. For the purposes of this Regulation, the definitions in Directives 2001/42/EC and 2011/92/EU shall apply, except where a term defined in those Directives is defined otherwise in this Regulation. 2. The following definitions shall also apply: (a) ‘reasoned conclusion’ means the opinion or decision of the competent authority finalizing its examination of the environmental effects of a project;	Diese Bestimmung enthält Definitionen der in dem Vorschlag verwendeten Begriffe, wie z. B. „Scoping“ oder „Screening“, die in der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung noch nicht definiert sind, um Rechtssicherheit und	

¹ Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on speeding-up environmental assessments (COM(2025) 984 final).

(b) 'scoping' means the procedure to be carried out by the competent authority determining the scope and level of detail of the environmental information to be provided in the form of an environmental assessment report for the plan, programme or project; (c) 'screening' means the procedure to be carried out by the competent authority determining whether plans, programmes or projects are to be subject to an environmental assessment because of their likely significant effects on the environment.	Vorhersehbarkeit der Verfahren zu gewährleisten.	
Article 3 Environmental single point of contact 1. By [OP please insert – 6 months after the entry into force of this Regulation], Member States shall establish or designate environmental single points of contact at the relevant administrative level for environmental assessments. Each single point of contact shall be responsible for facilitating and coordinating all aspects of the environmental assessments under this Regulation, including for providing information on when an application is considered to be completed in accordance with Article 7 of this Regulation. 2. Where a single point of contact is required for an overall permit-granting process pursuant to other Union or national legislation, the environmental single point of contact referred to in paragraph 1 shall be the	Diese Bestimmung regelt die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen für Umweltfragen. Frühere und laufende Initiativen zielten darauf ab, die Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer „einzigen Anlaufstelle“ (SPOC) zu verpflichten, und einige Mitgliedstaaten haben diese möglicherweise bereits auf eigene Initiative eingerichtet, um Projektentwicklern die Genehmigungsverfahren insgesamt zu erleichtern und zu koordinieren. Soweit diese Initiativen noch keine solche SPOC für das gesamte Genehmigungsverfahren vorsehen,	

same as the one established for that overall permitting procedure. 3. Member States shall provide tools to help developers identify the appropriate established or designated contact point on the online portal set up in accordance with Article 10. 4. The environmental single point of contact established or designated pursuant to paragraph 1 shall be the sole point of contact for the developer for the environmental assessments under this Regulation. It shall coordinate and facilitate the submission of all relevant documents and information and shall notify the project promoter of the outcome of the comprehensive decision.	wird mit dem Vorschlag eine einzige Anlaufstelle für Umweltfragen für alle Umweltprüfungen im Zusammenhang mit einem Projekt eingerichtet.	
Article 4 Streamlining of environmental assessment procedures 1. In the case of plans, programmes, or projects for which the obligation to carry out assessments of the effects on the environment or screening arises simultaneously from any two or more of the Directives referred to in Article 1(1), Member States shall establish a coordinated or joint procedure fulfilling all the requirements of those Directives. Under the coordinated procedure referred to in the first subparagraph, a competent authority shall coordinate	Diese Bestimmung zielt darauf ab, die verschiedenen Umweltprüfungsverfahren zu straffen, die gemäß den EU-Rechtsvorschriften für ein und denselben Plan, dasselbe Programm oder dasselbe Projekt erforderlich sein können.	Der BWE begrüßt diese Regelung. Eine koordinierte und zentrierte Prüfung der relevanten Umweltvorgaben kann unnötige Doppelprüfungen vermeiden und zu einer weitergehenden Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, insbesondere auch außerhalb von Beschleunigungsgebieten führen. Positiv bewertet der BWE die Zusammenfassung mehrerer Umweltprüfungen in einer einzigen Prüfung, sowie die

the various individual assessments of the environmental impact of a particular plan, programme or project required by the relevant Directives. Under the joint procedure referred to in the first subparagraph, a competent authority shall provide for a single assessment of the environmental impact of a particular plan, programme or project required by the relevant Directives. 2. Member States shall establish appropriate mechanisms for coordination and cooperation at strategic and project level among all their competent authorities involved in environmental assessments or screenings of plans, programmes or projects. Where a plan, programme or project is subject to a coordinated procedure for assessment under both Directives 2001/42/EC and 2011/92/EU, the procedural steps under those Directives shall be combined. 3. In the case of plans, programmes or projects for which the obligation to carry out assessments of the effects on the environment arises simultaneously from two or more of the Directives referred to in Article 1(1), Member States shall issue one single opinion on the scope and level of detail of the information to be included in the environmental assessment report. 4. Competent authorities shall consult the public concerned by the environmental decision-making	Diese Bestimmung stellt sicher, dass bei Plänen, Programmen oder Projekten, für die eine Verpflichtung zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen oder einer Vorprüfung gemäß der Richtlinie 2001/42/EG, der Richtlinie 2011/92/EU, Richtlinie 92/43/EWG des Rates, Richtlinie 2009/147/EG und Richtlinie 2000/60/EG erfolgt. Die Mitgliedstaaten wenden koordinierte oder gemeinsame Verfahren an, die alle Anforderungen dieser Rechtsakte der Union erfüllen. Damit wird den Bedenken der Interessengruppen Rechnung getragen, dass die Dauer der Genehmigungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist, da einige Mitgliedstaaten die Umweltprüfungsverfahren so weit wie möglich kombinieren, während andere verlangen, dass ein Prüfungsverfahren abgeschlossen sein muss, bevor das nächste durchgeführt werden kann.	Festlegung eines einheitlichen Prüfungsmaßstabs. Dies vermeidet Doppelprüfungen (Abs. 3). Der BWE kritisiert, dass der Vorschlag keine weitergehenden Vorgaben enthält, wie bei der Kombination von SUP und UVP in Abs. 2. Wegen dieser Lücke verbleibt den Mitgliedstaaten Spielraum, der bei der Rechtswahl der Verordnung als zu weitgehend betrachtet wird, um die notwendige Rechtssicherheit herzustellen. Der BWE regt daher an, Art. 4, um einen Absatz hinsichtlich der Kombination von UVP mit den Prüfungen nach der FFH-, Vogelschutz- und Wasserrahmen-Richtlinie zu ergänzen. Gleichzeitig ist aus Sicht des BWE klarzustellen, dass die Zusammenfassung nur innerhalb der jeweiligen horizontalen Ebene gilt. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass Anforderungen der Zulassungsebene bereits auf die Planungsebene (z. B. Bauleitplanung oder Landesplanung) übertragen werden. Dies könnte dazu führen, dass wegen der umfangreichen Umweltprüfungen auf Planungsebene die Planaufstellung eher verzögert als beschleunigt wird. Planungsverfahren könnten sich über Jahre ziehen, wodurch die 5-Jahres-Frist für die Aktualität der Umweltdaten wiederum gerissen würde und dann auf Zulassungsebene doch erneut Datenerhebungen und Prüfungen notwendig würden.
---	--	---

procedure relating to a plan, programme or project subject to an assessment in accordance with paragraph 1 at the same time as they consult the authorities likely to be concerned by that plan, programme or project by reason of their specific environmental responsibilities or local and regional competences referred to in Article 6(2) of Directive 2001/42/EC and Article 6(1) of Directive 2011/92/EU. 5. Member States shall ensure that the results of other relevant environmental assessments under Union or national legislation are made available to developers for their preparation of the environmental reports referred to in Article 5 of Directive 2011/92/EU within reasonable timelines, respecting the limitations with regard to commercial and industrial confidentiality, including intellectual property, data protection and the safeguarding of the public interest. When preparing an environmental assessment report, the developer of a project shall be allowed to use data or information as old as five years, provided that the data into the report take into account the site-specific conservation objectives of Natura 2000 sites where relevant, more recent data is not available, and the environmental conditions in which the data were collected have not substantially changed in a way that is likely to influence the environmental impact assessment.		Der BWE begrüßt, dass Behörden und die Öffentlichkeit parallel beteiligt werden, sofern sichergestellt ist, dass die Öffentlichkeit alle relevanten Informationen hat (Abs. 4). Durch den parallelen Ablauf von Verfahrensschritten wird der gesamte Prozess beschleunigt. Der BWE begrüßt die Regelung in Abs. 5, dass Planungsträger*innen Zugriff auf bereits durchgeführte Umweltprüfungen erhalten sollen. Der BWE fordert bereits die Schaffung einer bundesweiten digitalen Umweltdatenbank mit perspektivisch auch Nutzungsrechten für Planungsträger*innen. Eine Umweltdatenbank erleichtert die Erhebung, Verarbeitung und Bereitstellung von umweltrelevanten Daten, insbesondere bei beschleunigten Genehmigungsverfahren wie bei § 6b WindBG. Für die Datenbank fordert der BWE, dass nur Daten aus bereits bestandskräftig abgeschlossenen Genehmigungsverfahren weitergegeben werden, sowie Daten aus den letzten vier Jahren (ab Zeitpunkt der Bestandskraft der Genehmigung) rückwirkend eingespeist werden. So können die Interessen der Vorhabenträger*innen während laufender Genehmigungsverfahren ausreichend geschützt werden. Wichtig ist ein Gleichlauf der eingespeisten
--	--	--

		Daten aus privaten Vorhaben und durch Behörden bzw. beauftragten Dritten erhobenen Daten.
Article 5 Changes to projects 1. Changes or extensions of projects, such as repurposing of pipelines or of industrial sites, and extension of their operation period and modifications to ensure decarbonisation, shall only be subject to screening by the competent authorities in order to determine if they are likely to have significant effects on the environment. Those changes or extensions shall be subject to an environmental assessment only where they involve major works that represent risks that are similar to or greater than, in terms of their effects on the environment, to those posed by the original project. 2. For changes or extensions of projects which are likely to have significant effects on the environment in another Member State or where a Member State that is likely to be significantly affected so requests, the Member State in whose territory the project is intended to be carried out shall ensure that Article 7 of Directive 2011/92/EU is applied.	Diese Bestimmung stellt klar, wann Änderungen an Projekten eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden. <u>Erwägungsgrund 22:</u> <i>While the Court of Justice of the European Union has consistently held that the wording of Directive 2011/92/EU indicates that it has a wide scope and a broad purpose, it has also considered that that Directive must be interpreted as not requiring that any project likely to have a significant effect on the environment be made subject to the environmental impact assessment provided for in that directive, but only those referred to in Annexes I and II of that Directive. In particular, the Court of Justice has held that certain extensions to projects falling under Annexes I and II of that Directive, do not, as such, fall under the projects</i>	Der BWE begrüßt diese Einschränkung der UVP bei Änderungen oder Erweiterungen sowie die Verlängerung des Betriebs von Vorhaben darauf, dass sie nur bei umfangreichen Arbeiten, die ähnliche Umweltauswirkungen und Risiken bergen wie das Ursprungsvorhaben erforderlich ist (eine Art Deltaprüfung). Für die Weiternutzung oder das Repowering von Anlagen kann eine erneut erforderliche UVP den Genehmigungsprozess erheblich verzögern. Der BWE regt an, das Kriterium der „likely to have significant effects“ im Gesetzestext oder den Erwägungsgründen noch weiter zu konkretisieren.

	<i>categories covered by those provisions.</i>	
Article 6 Substantial preclusion In the context of judicial proceedings relating to environmental assessments within the meaning of this Regulation, Member States may preclude arguments from being raised before a court of law where they were not raised during the administrative stage, as long as the competent authority made available the necessary information in due time so that those arguments were known or could have been known and reviewed during the administrative stage leading to the authorisation of the project, without prejudice to the right of access to justice.	Diese Bestimmung sieht die Möglichkeit vor, dass die Mitgliedstaaten die Option einer wesentlichen Präklusion in Gerichtsverfahren einführen. Argumente, die nicht in der Verwaltungsphase vorgebracht wurden, können vor Gericht nicht geltend gemacht werden, unbeschadet des Rechts auf Zugang zu Gerichten.	Der BWE begrüßt diese Regelung. So können spätere Einwände in einem Gerichtsverfahren gegen den Plan oder das Vorhaben nicht mehr vorgebracht werden und diesen/dieses nicht verzögern. Der BWE regt an den Zeitpunkt der Geltendmachung im Verwaltungsverfahren noch näher zu definieren (z. B. durch den Ablauf einer Einwendungsfrist). Andernfalls besteht die Gefahr, dass Einwendungen erst kurz vor Erteilung der Genehmigung geltend gemacht werden.
Article 7 Duration of screening and environmental assessments 1. Where a project falls within the scope of Directive 2011/92/EU Member States shall ensure that: (a) for projects subject to screening, the competent authorities carry out that screening within a period of maximum 60 days from the date that the developer has submitted all information required; for changes or extensions of projects referred to in Article 5 of this Regulation, that timeline shall be a maximum of 45 days;	Diese Bestimmung zielt darauf ab, maximale Fristen für die Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß den UVP- und SUP-Richtlinien festzulegen, um der allgemeinen Forderung nach einer Beschleunigung der Umweltprüfungen nachzukommen.	Der BWE begrüßt grds. die klaren zeitlichen Beschränkungen des Screenings und Fristen für bestimmte Verfahrensschritte. Zu a): Der BWE sieht die Frist von 60 Tagen für die UVP-Vorprüfung kritisch. Dies stellt faktisch eine Verschlechterung der aktuellen Rechtslage dar, denn derzeit muss die Behörde innerhalb von sechs Wochen, also 42 Tagen, feststellen, ob eine UVP notwendig ist oder nicht. (vgl. § 7 Abs. 6 UVP-G). Gemäß Abs. 4 dürfte jedoch die 42 Tage weiterhin vorrangig sein. In der Praxis wird diese Frist allerdings häufig nicht

(b) for projects subject to an environmental assessment, the competent authority issues an opinion on the scope and level of detail of the information to be included in an environmental assessment report within a period of maximum 30 days from the date on which the developer has submitted its request for an opinion; (c) the time-frames for consulting the public concerned on the environmental report referred to point (b) is between 30 and 90 days; (d) within 30 days following the completion of the respective consultations under Articles 6 and 7 of Directive 2011/92/EU, the competent authority acknowledges the completeness of the information provided by the developer which is necessary to take an informed decision on the environmental effects of the project. This information shall include the necessary information gathered pursuant to Articles 5, 6 and 7 of Directive 2011/92/EU including, where relevant, specific assessments required under other Union legislation. If, before the end of the 30 days period, the competent authority considers that it does not have all necessary information to make the informed decision, the developer shall submit that information within a reasonable timeframe. Following the acknowledgment		eingehalten. Sanktionsmöglichkeiten oder Rechtsfolgen wie eine Fiktion sind nicht vorgesehen. Zu b) und c): Der BWE begrüßt die Scoping-Frist. Diese existiert derzeit im nationalen Recht nicht. Damit es nicht zu Verzögerungen kommt, sollte klargestellt werden, dass die Fristen aus lit. b) und c) gemeinsam eine Höchstfrist darstellen, also insgesamt maximal 90 Tage für beide Schritte. Dadurch wird eine Addition der Fristen verhindert. Zu d): Der BWE begrüßt grundsätzlich die Frist für die Vollständigkeitsprüfung und die weitere Frist in e). Allerdings ist nicht ganz nachvollziehbar, warum die Vollständigkeitsprüfung erst nach formeller Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Art. 5-7 UVP-RL) erfolgen soll. Hier bedürfte es einer Klarstellung, auf was genau sich die Vollständigkeitsprüfung bezieht. Zu e): Der BWE begrüßt generell die Frist für die begründete Bewertung der Umweltauswirkungen. Im deutschen Verfahrensrecht wird die abschließende Bewertung gem. § 21 Abs. 1a Nr. 2b) 9. BImSchV im Rahmen des Genehmigungsbescheids getroffen. Der BWE weist darauf hin, dass es durch diese Vorschrift <u>nicht</u> zu einem zusätzlichen Verfahrensschritt bei der Erteilung der Genehmigung kommen sollte, welcher den Prozess unnötig verzögern würde.
---	--	---

of completeness referred to in this point, the developer shall not be asked to provide any new information unless duly justified. (e) the competent authority issues a reasoned conclusion on the environmental assessment of the project within a maximum of 90 days following the acknowledgement of completeness referred to in point (d). The deadlines set out in this paragraph shall also apply in case of joint or coordinated procedures where the assessment of the environmental effects of a project under Directive 2011/92/EU is combined with assessments under Directives 92/43/EEC, 2000/60/EC or 2009/147/EC. In exceptional cases, where the nature, complexity, location or size of the proposed project so require, the competent authority may extend the deadlines set out in this paragraph by a period of maximum 30 days. In		Der BWE begrüßt, dass auch bei Kombination der Umweltprüfungen (UVP mit natur-/artenschutzrechtlicher sowie wasserrechtlicher Prüfung) dieselben Fristen gelten. Die Fristen sind ambitioniert. Solange es allerdings keine Sanktionsmöglichkeit oder Rechtsfolge (wie eine Fiktion) bei Überschreiten der Frist gibt, bleiben diese Vorgaben ein „zahnloser Tiger“. Zum anderen bleibt unklar, wie UVP und die Prüfungen nach FFH-, Vogelschutz- und Wasserrahmen-Richtlinie kombiniert werden soll, insbesondere was die Prüfungsschritte angeht. Anders als Art. 4 (2) zur Kombination von SUP und UVP, macht der Vorschlag hinsichtlich der Kombination von UVP mit diesen Prüfungen keine Vorgaben. Das oben Gesagte bei Art. 4 gilt hier entsprechend. Die Ausnahmeformulierung („Art, Komplexität, Lage oder Größe“) ist weit gefasst und eröffnet einen Auslegungsspielraum. Damit besteht das Risiko, dass die vorgesehene Verlängerung faktisch vom Ausnahme- zum
--	--	--

that event, the competent authority shall inform the developer in writing without delay of the reasons justifying the extension and of the date when the respective administrative act is expected. 2. Where a plan or programme falls within the scope of Directive 2001/42/EC, Member States shall ensure that: (a) the competent authorities carry out the screening under Article 3(5) of that Directive and publish its results within a period of 90 days; (b) the competent authorities carry out the scoping under Article 5(3) of that Directive and publish its results within 40 days; (c) the time-frames for consulting the public concerned on the environmental report referred to in Article 5 of that Directive is between 30 and 60 days; (d) the competent authorities conclude and publish the environmental report required under Article 5(1) of that Directive within 7 months from the day when the necessary information required under that Directive has been provided to them, and the relevant consultations under that Directive have been completed. The deadlines set out in this paragraph shall also apply in case of joint or coordinated procedures where the		Regelfall wird. Der BWE sieht die ausnahmsweise Verlängerungsmöglichkeit von bis zu 30 Tagen als verhältnismäßig an. Die Verlängerungsmöglichkeit darf jedoch nicht zur strukturellen Umgehung der Fristen führen und sollte restriktiv ausgelegt werden. Der BWE begrüßt grundsätzlich die Vorgabe von Fristen für die Durchführung der Strategischen Umweltprüfung von Plänen und Programmen. Klare zeitliche Vorgaben können einen wichtigen Beitrag zur Planungs- und Investitionssicherheit leisten und Verfahrensbeschleunigungen strukturell unterstützen. Ob die vorgesehenen Fristen in der Praxis realistisch eingehalten werden können, bleibt jedoch abzuwarten. Auch hier wären Sanktionsmöglichkeiten oder Rechtsfolgen, wie eine Genehmigungsfiktion, sinnvolle Überlegungen, um dem Überschreiten der Frist entgegenzuwirken.
--	--	--

assessment of the environmental effects of a plan or programme as defined under Directive 2001/42/EC is combined with assessments under Directives 92/43/EEC, 2000/60/EC or 2009/147/EC. In exceptional cases, where the nature, complexity, location or size of the proposed plan or programme so require, the competent authority may extend the timelines under the first subparagraph by further maximum 30 days. In that event, the competent authority shall inform the authority developing the plan or programme in writing without delay of the reasons justifying the extension and of the date when the respective administrative act is expected. 3. In cases where a plan, programme or project is subject to a joint or coordinated procedure for assessment under both Directive 2001/42/EC and Directive 2011/92/EU, the deadlines set out in paragraph 1 shall apply. 4. Where other Union legislation establishes shorter timelines than the ones set out in paragraphs 1 and 2 of this Article, those shorter deadlines shall apply. Where other EU legislation establishes timelines for the overall permit granting process that are shorter than the combination of the timelines of the different steps of the environmental assessment procedure under		Der BWE begrüßt, dass auch bei Kombination der Umweltprüfungen (SUP mit natur- /artenschutzrechtlicher sowie wasser-rechtlicher Prüfung) dieselben Fristen gelten. Die Fristen sind ambitioniert. Hinsichtlich der Rechtsfolge und Unklarheit der Kombination verweisen wir auf oben Abs. 1 UAbs. 2. Der BWE begrüßt, dass auch bei Kombination der Umweltprüfungen (SUP und UVP) nach Art. 4 (2) dieselben Fristen gelten. Die Fristen sind ambitioniert. Das oben Gesagte bei Abs. 1 UAbs. 2 gilt. Der BWE begrüßt die Möglichkeit der Mitgliedstaaten noch kürzere Fristen festzulegen bzw. bereits existierende kürzere Fristen beizubehalten (siehe Anmerkung zu (1) (a)).
---	--	---

paragraph 1 or 2 of this Article, the shorter timeline for the overall permit granting process applies. 5. The deadlines set out in this Article, with the exception of the ones set out in paragraph 1, point (c), and paragraph 2, point (c), shall be without prejudice to any shorter time limits set by Member States, to obligations arising from Union and international law, and to the rights of natural and legal persons to access administrative or judicial procedures to review the legality of the decisions, acts or failure to act of the competent authorities.		
Article 8 Protected species 1. When the implementation of plans or when the construction, operation or decommissioning of projects result in the occasional killing or disturbance of birds protected under Directive 2009/147/EC or other species protected under Directive 92/43/EEC, such killing or disturbance of protected species shall not be considered to be deliberate within the meaning of Article 5 of Directive 2009/147/EC and Article 12(1) of Directive 92/43/EEC, provided that the plan or project has adopted appropriate and proportionate mitigation measures and considering the best available technologies to avoid such killing and to prevent disturbance.	Diese Bestimmung legt fest, dass gelegentliche Schäden an geschützten Vogelarten und anderen Arten während der Projektdurchführung nicht als vorsätzlich im Sinne der Richtlinie 2009/147/EG und der Richtlinie 92/43/EWG angesehen werden, wenn geeignete und verhältnismäßige Ausgleichsmaßnahmen ergriffen und die besten verfügbaren Technologien berücksichtigt werden, wobei die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Wirksamkeit zu überwachen und	Der BWE begrüßt diese Klarstellung besonders, da sinnvollerweise nicht mehr auf die Individuen- sondern die Populationsebene abgestellt werden soll. Mit der Änderung von erforderliche Minderungsmaßnahmen („<i>necessary mitigation measures</i>“) (Art. 16b Abs. 2 S. 3 Richtlinie (EU) 2018/2001 (REDIII) in angemessene und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen „<i>appropriate and proportionate mitigation measures and considering the best available technologies to avoid such killing and to prevent disturbance</i>“ erfolgt eine Umstellung vom Individenschutz im Einzelfall auf einen Populationsschutz. Der BWE regt eine weitergehende Klarstellung im Gesetzestext oder in den Erwägungsgründen an, was unter „<i>best available technologies</i>“ und „<i>occasional killing or disturbance</i>“ zu verstehen ist. In Erwägungsgrund 34

2. When assessing whether those mitigation measures are appropriate and proportionate to comply with Article 5 of the Birds Directive and Article 12(1) of the Habitats Directive, the competent authority shall take into account whether they ensure that significant adverse impacts on the population of the species concerned is avoided, despite the possible existence of negative impacts on individual specimens of those species. Member States shall ensure that those measures are applied and their effectiveness is monitored and that, in the light of the information gathered, further measures are taken as required to ensure that there are no significant adverse impacts on the population of the species concerned.	die Maßnahmen anzupassen, um erhebliche Auswirkungen auf die Populationen der Arten zu verhindern.	finden sich hierzu bisher keine Hinweise. Es sollte in jedem Fall verhindert werden, dass durch eine weite Auslegung eine dynamische Anpassungspflicht an die aktuell beste Technologie gefolgert wird Darüberhinaus begrüßt der BWE, dass diese Regelung bestätigt, dass bei Umsetzung von Minderungsmaßnahmen die Verbotsvorschriften mangels Absichtlichkeit nicht mehr greifen. Dies schützt vor Drittklagen. Der BWE begrüßt diese Regelung, insbesondere die Vernachlässigbarkeit des Verlusts von einzelnen Individuen. Zudem kann die Angemessenheit der Maßnahme nur widerlegt werden, wenn eine Wirkung auf die Population und nicht auf das Exemplar zu erwarten ist. Sollten dennoch Auswirkungen auf die Population zu erwarten sein, dann könnte der Mitgliedstaat diesen durch Artenhilfsmaßnahmen entgegenwirken. Die Verantwortung für unabsichtliche Tötungen tragen nun – richterweise – nicht mehr die Vorhabenträger*innen. Der BWE schlägt vor, die Grundlage (z. B. Daten), auf welcher die Behörde diese Entscheidung treffen soll, weiter zu konkretisieren. In der Praxis fehlen häufig genau diese Datengrundlagen zur Größe einer Population (z. B. bei Fledermäusen). Unionsrechtlicher Bewertungsmaßstäbe (z. B. im Annex in der Toolbox) wären hierfür hilfreich für die
---	---	--

		Behörden und würden eine zügige Anwendbarkeit unterstützen. Zudem regt der BWE an, klarzustellen, dass Maßnahmen zum Schutz eines Individuums (nach dem rechtlichen status quo) auch als populationsschützende Maßnahmen gewertet werden können. Alternativ ist klarzustellen, welche Maßnahmen dann in Frage kommen (FCS oder CEF?).
Article 9 Environmental assessment of transboundary effects 1. Where a plan, programme or project falling within the scope of this Regulation requires decisions to be taken in two or more Member States, the relevant national competent authorities shall take all necessary steps for efficient and effective cooperation and communication among themselves. Member States shall endeavour to provide for joint procedure and unique point of contact with regard to the assessment of the environmental effects of the plan, programme or project. Upon request from the Member States concerned by a plan, programme or project, the Commission shall act as a facilitator to support cooperation between concerned national competent authorities and facilitate agreement on joint procedure. 2. Paragraph 1 is without prejudice to more detailed procedures, including cross-border joint procedures, provided for in other Union legislation regarding	Die Bestimmung schreibt eine wirk-same Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden bei der Bewer-tung grenzüberschreitender Umwelt-auswirkungen für Pläne vor, die Ent-scheidungen mehrerer Staaten erfor-dern, wobei die Kommission als Ver-mittler für gemeinsame Verfahren zur Verfügung steht.	

cooperation between authorities as regards environmental assessment of transboundary effects.		
Article 10 Online accessibility of information and digitalisation of the environmental assessments 1. From [OP: please insert the date = six months after the date of entry into force of this Regulation], developers shall be allowed to submit any information related to the environmental assessments and screening procedures in electronic form. 2. From [OP: please insert the date = six months after the date of entry into force of this Regulation], Member States shall provide developers and the public with access to the following information as regards plans, programmes or projects, online and in a centralised and easily accessible manner: (a) The environmental single points of contact referred to in Article 3; (b) the progress of the environmental assessments and screening procedures, including the upcoming steps of the procedure and the timeline of those steps, as well as information on dispute settlement; 3. From [OP: please insert the date = twelve months after the date of entry into force of this Regulation], Member States shall ensure that reports and data resulting from environmental assessments and	Diese Bestimmung zielt darauf ab, die Verfahren zur Folgenabschätzung und die damit verbundene Datenverwaltung vollständig zu digitalisieren. In der Zwischenzeit sollte es Projektentwicklern gestattet sein, ihre Anträge digital einzureichen.	Der BWE begrüßt die Regelungen in diesem Artikel ausdrücklich. Die vollständige Digitalisierung für die Umweltprüfungen ist unbedingt notwendig, um Verfahren zu beschleunigen. Der BWE begrüßt die Möglichkeit, dass Planungsträger*innen Zugriff auf Umweltinformationen haben. Der BWE fordert bereits die Schaffung einer bundesweiten digitalen Umweltdatenbank mit perspektivisch auch Nutzungsrechten für Planungsträger*innen (s.o. Art. 4). Die klaren Umsetzungsfristen für die Einrichtung und Umstellung auf digitale Prozesse sind sehr positiv zu bewerten. Der BWE begrüßt die Schaffung eines <i>central online portal</i> für die Verfahren der Umweltprüfung und mit Zugang zu Umweltinformationen in einer Datenbank.

screening procedures, related decisions and monitoring of environmental effects and procedures are made and remain publicly available in a digital format through a central online portal, in a manner that is compatible with the preservation of business secrets and Union or national data protection requirements. That portal shall be based on a digital geographic information system and shall include all available data on species observations and other environmental and geological data. 4. From [OP: please insert the date = twenty-four months after the date of entry into force of this Regulation], Member States shall ensure that environmental assessment and screening procedures are fully digitalized and enable the re-use of data and documents held by public authorities at national level as well as the sharing of such data between Member States, developers and the public, in a seamless manner. Where appropriate, such procedures shall be interoperable with European Digital Identity Wallets and European Business Wallets. From that date, Member States shall also take the necessary measures to enhance the efficiency and effectiveness of their environmental assessment and screening procedures, including through the use of automated systems. These automated systems shall be aligned with relevant Union policies, respect data protection and privacy laws, and		
---	--	--

adhere to principles of transparency and accountability, including human decisional control.		
Article 11 Administrative costs of environmental assessments Member States shall endeavour to waive administrative charges and fees associated with environmental assessments for developers falling within the definition of small mid-cap enterprises under Recommendation (EU) 2025/1099 or within the definition of small and medium-sized enterprises under Recommendation 361/2003/EC.	Diese Bestimmung ermutigt die Mitgliedstaaten, die mit den Umweltprüfungen für ein bestimmtes Projekt verbundenen Verwaltungskosten (Abgaben) zu tragen, um die Kosten für Projektentwickler bei den erfassten vorrangigen Projekten zu senken.	Der BWE begrüßt diese Aufforderung der Mitgliedstaaten, Verwaltungskosten für Umweltprüfungen zu senken oder gänzlich zu erlassen.
Article 12 Resources and training Member States shall ensure that the environmental single point of contact and all competent authorities responsible for any step in the screening and environmental assessments procedures, including all procedural steps, have a sufficient number of qualified staff and sufficient financial, technical and technological resources necessary, including, where appropriate, for up-skilling and re-skilling of staff, for the effective performance of their tasks under this Regulation and under the Directives referred to in Article 1.	Diese Bestimmung verpflichtet die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die einheitliche Anlaufstelle für Umweltfragen und die für die Prüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung zuständigen Behörden über ausreichendes Personal und ausreichende Ressourcen verfügen, einschließlich Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung und Umschulung, damit sie ihre Aufgaben gemäß dieser Verordnung	Der BWE begrüßt diese Regelung. Für eine Umsetzung der ambitionierten Regelungen für die Beschleunigung von Umweltprüfung bedarf es ausreichend geschulten Personals sowie technischer und finanzieller Ressourcen in den Behörden.

	und den damit verbundenen Richtlinien wirksam erfüllen können. Diese Bestimmung zielt darauf ab, die administrativen und technischen Kapazitäten in den Mitgliedstaaten zu stärken, um schnelle und qualitativ hochwertige Umweltverträglichkeitsprüfungen zu ermöglichen.	
Article 13 Applicability of United Nations Economic Commission for Europe Conventions Members of the public shall be afforded the right of access to environmental information, participation in decision making and access to justice concerning plans, programmes or projects referred to in Article 1(1), in line with the United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) Convention on Access to Information, Public Participation in Decision-making and Access to Justice in Environmental Matters, signed at Aarhus on 25 June 1998, and under the UNECE Convention on environmental impact assessment in a transboundary context, signed at Espoo on 25 February 1991 and its Protocol on Strategic Environmental Assessment, signed in Kyiv on 21 May 2003.	Diese Bestimmung soll an die Rechte der Öffentlichkeit erinnern, die gemäß den Übereinkommen von Aarhus und Espoo das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Zugang zu Gerichten haben.	
Article 14 Toolbox for strategic sectors or categories 1. The provisions set out in the Annex shall apply where existing sectorial Union legislation defines strategic		

sectors or categories of strategic projects and aims to speed up permitting, provided that those projects contribute to resilience and decarbonisation or resource efficiency. The Commission is empowered to adopt an implementing act identifying strategic projects for the construction and renovation of residential affordable or social buildings, as well as the necessary infrastructure that directly serves those buildings. The provisions set out in the Annex shall apply to those projects. 2. The provisions set out in the Annex shall also apply to strategic sectors or categories of projects defined in future Union legislation which refers to this Regulation, provided that those projects contribute to resilience and decarbonisation or resource efficiency.	Diese Bestimmung bezieht sich auf eine Toolbox, die für strategische Sektoren oder Kategorien gilt und im Anhang aufgeführt ist.	
Article 15 Notification of national implementing rules and measures If Member States lay down rules and measures on the practical implementation of this Regulation, they shall notify the Commission of those rules and measures and, without delay, of any subsequent amendments affecting them.		

Article 16 Entry into force and application This Regulation shall enter into force on the 20th day following that of its publication in the <i>Official Journal of the European Union</i>. Article 3(1) and Article 10 shall apply as of the date provided for in those provisions. This Regulation shall be binding in its entirety and directly applicable in all Member States.		Der BWE begrüßt die Rechtswahl der Verordnung und die daraus folgende unmittelbare Anwendbarkeit der Regeln. Zudem begrüßt der BWE die ambitionierten Vorgaben für die Umsetzung der digitalen Portale in den Mitgliedstaaten. Hierauf warten die Beteiligten der Umweltprüfungen schon seit Jahren.
---	--	---

Impressum

Bundesverband WindEnergie e.V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin
030 21234121 0
info@wind-energie.de
www.wind-energie.de
V.i.S.d.P. Wolfram Axthelm

Foto

iStock, carolecastelli

Haftungsausschluss

Die in diesem Papier enthaltenen Angaben und Informationen sind nach bestem Wissen erhoben, geprüft und zusammengestellt. Eine Haftung für unvollständige oder unrichtige Angaben, Informationen und Empfehlungen ist ausgeschlossen, sofern diese nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich verbreitet wurden.

Der Bundesverband WindEnergie e. V. ist als registrierter Interessenvertreter im Transparenzregister der Europäischen Union unter der Registernummer REG 554370792670-41 eingetragen.

Den Eintrag des BWE finden Sie [hier](#).

Der Bundesverband WindEnergie e.V. ist als registrierter Interessenvertreter im Lobbyregister des Deutschen Bundestages unter der Registernummer R002154 eingetragen.

Den Eintrag des BWE finden Sie [hier](#).

Ansprechpersonen

Luca Liebe | Senior Referent Europapolitik | l.liebe@wind-energie.de
Laura Sophie Hemper | Justiziarin | l.hemper@wind-energie.de

Autor*innen in alphabetischer Reihenfolge

Elisabeth Görke | Justiziarin
Laura Sophie Hemper | Justiziarin
Janna Hilger | Fachreferentin Planung/Genehmigung/Länderkoordination
Luca Liebe | Senior Referent Europapolitik
Hannes Moser | Justiziar
Tristan Stengel | Fachreferent Netze

Datum

26. Februar 2026